

# El Paso: Weiße Rassisten töten erneut

*Dave Stockton, Infomail 1065, 22. August 2019*

Am 3. August wurden 22 Menschen getötet und 24 verletzt, als der 21-jährige weiße Rassist Patrick Crusius einen Walmart-Laden in El Paso ins Visier nahm, der bei KäuferInnen mit mexikanischem Hintergrund beliebt ist. Wie Brenton Tarrant, der 51 Menschen bei dem Angriff auf die Moschee von Christchurch (Neuseeland) erschossen hat, veröffentlichte Crusius ein Manifest auf der rechtsextremen Hasswebsite 8chan (Infinitychan), das sich gegen die so genannte „hispanische Invasion in Texas“ und die „kulturelle und ethnische Ersetzung“ der Weißen richtete.

Unter den Opfern waren Jordan Anchondo, die beim Einkaufen von Schulsachen getötet wurde, und ihr Mann Andre, der bei einem vergeblichen Versuch getötet wurde, seine Frau zu schützen, die wiederum ihr neugeborenes Baby abschirmte. Auch ältere Menschen wurden nicht verschont. Raul und Maria Flores, beide 77, die sich vor zwei Jahrzehnten nach El Paso in den Ruhestand zurückgezogen haben, und der 90-jährige Luis Alfonso Juarez wurden während des

Amoklaufs ebenfalls ermordet.

Der mutwillige Mord an diesen unschuldigen Menschen, entmenschlicht von der Politik ihres Mörders, zeigt, dass in Donald Trumps Amerika Menschen mit lateinamerikanischen Wurzeln neben schwarzen und jüdischen AmerikanerInnen auf die Hassliste der extremen Rechten mit aufgenommen wurden. In einem Land, das zu einem großen Teil aus MigrantInnen besteht, taten sich die hässlichen Kräfte des Faschismus an der Einwanderung gütlich, die von skrupellosen DemagogInnen im Weißen Haus ausgenutzt wurde.

## **Trump's Hass-Kampagne**

Trump's offener Hass auf MexikanerInnen und MigrantInnen aus Lateinamerika ist dreist und wird auf einer Endlosschleife wiederholt. Während seiner Präsidentschaftskampagne sagte er: „Wenn Mexiko seine Leute schickt, schicken sie nicht die Besten... Sie bringen Drogen, sie bringen Verbrechen. Sie sind VergewaltigerInnen und einige, nehme ich an, sind gute Menschen.“

Vor weniger als zwei Monaten hat er getwittert: „Das Problem ist, dass

Mexiko die Vereinigten Staaten ‚missbraucht‘, es nimmt, aber nie gibt. So ist es seit Jahrzehnten. Entweder sie stoppen die Invasion unseres Landes durch DrogenhändlerInnen, Kartelle, MenschenhändlerInnen... KojotInnen und illegale EinwanderInnen, was sie sehr leicht tun können, oder unsere vielen Unternehmen und Arbeitsplätze, denen es dummerweise erlaubt wurde, südlich der Grenze umzuziehen, werden durch Steuern wieder in die Vereinigten Staaten zurückgebracht. Amerika hat genug davon gehabt!“

Die Repräsentantenhausabgeordnete für den 14. Kongresswahlbezirk von New York, Alexandria Ocasio-Cortez, brachte es auf den Punkt, als sie erklärte: „Der Präsident ist direkt verantwortlich für das, was in El Paso passiert ist.“

Sie hat Recht.

Diese Provokationen, die zusammen mit seinen sexistischen Angriffen gegenüber Politikerinnen ein zentrales Element seiner ersten Kampagne verkörperten, sollen seine AnhängerInnen für seine zweite Wahlperiode begeistern. Diese rassistische Aufstachelung gegen MexikanerInnen und Flüchtlinge, die „in die USA eindringen“, ist eine direkte Ursache für die schreckliche Gewalt, die von Einzelpersonen ausgeübt wird, die sie als Lizenz nehmen, ihre

privaten

Beschwerden und Komplexe, real oder imaginär, gegen Minderheiten zu verströmen.

Und Trump hat kein bisschen dagegen. Für diesen Präsidenten sind die Opfer der „Baum

des Lebens“-Synagoge, von El Paso, Charlottesville und andere nur

Kollateralschäden.

## **Rassistische ICE-Razzien**

Der staatlich sanktionierte Rassismus der Trump-Administration zeigte sich

bei der Razzia, die am 7. August in Mississippi auf

Geflügelverarbeitungsanlagen rund um Jackson und Canton zielte.

Dies war die größte jemals durchgeführte Razzia in einem einzigen Staat

durch „Immigration and Customs Enforcement“ (ICE; Zoll- und Einwanderungsbehörde). 680 ArbeiterInnen mit überwiegend mexikanischem

Hintergrund wurden bei einer Razzia von einer Armee von 600 schwer bewaffneten

ICE-AgentInnen festgenommen.

Dutzende ihrer verängstigten und verstörten Kinder, einige von ihnen

Kleinkinder, mussten von Fremden von der Schule abgeholt und in Notunterkünfte

gebracht werden. Seitdem wurden 300 ArbeiterInnen entlassen.

ICE-Außenstellen

im ganzen Land wurden angewiesen, mindestens zwei Standorte in ihren Regionen als potenzielle Ziele für solche Razzien zu identifizieren. Darüber hinaus, sagte Trump, dass Überfälle wie die in Mississippi ein „sehr gutes Abschreckungsmittel“ für MigrantInnen ohne Papiere seien.

## **Kampf gegen Trump und Rassismus**

Trumps Antwort während seines zynischen Besuchs in El Paso, wo sich die überlebenden Opfer natürlich weigerten, ihn zu sehen, war, das antirassistische, Antifa-Netzwerk ebenso wie Killer wie Crusius zu beschuldigen. Dies entspricht seinen Bemerkungen zu Charlottesville, wo er die Verurteilung des faschistischen Mordes an der Aktivistin Heather Heyer ablehnte und wahnsinniger Weise behauptete, dass die Unite the Right- und antifaschistische Demonstrationen „beide gute Menschen enthielten“.

Während Trump selbst kein Faschist ist, ist er glücklich, die extreme Rechte, einschließlich echter FaschistInnen, zu nutzen, um seine populistische Basis aufzubauen. Indem er zum Beispiel bei seinen Kundgebungen in rassistischen Zurufen schwelgt. Auf seine Frage, was mit den MexikanerInnen geschehen soll, die sich an der texanischen Grenze versammeln, kommentierte er

nur grinsend die zurückkommende Antwort: „Erschießt sie“!

Trump ist ein klassischer rassistischer US-Populist, der bereit ist, Latinos, schwarze Jugendliche, Muslime und Frauen anzugreifen, die es beispielsweise wagen, seine Frauenfeindlichkeit zu kritisieren. Diese Angriffe sind wesentliche Bestandteile seiner permanenten Stimmungsmache. Und der „respektable“ Flügel der Republikanischen Partei ist bereit, sich dieser Stimmungsmache anzuschließen, vielleicht mit ein wenig Kritik an seinen schlimmsten Exzessen, aber meist mit Schweigen. Wenn Trump 2020 scheitert, könnte die von ihm erzeugte „Bewegung“ wirklich böse, ja sogar faschistisch werden.

Die Netzwerke von überwiegend jungen und weißen AntifaschistInnen, die gemeinhin als Antifa bekannt sind, sowie linke bewaffnete Gruppen zeigen, dass einige Menschen bereit sind, die FaschistInnen herauszufordern, wenn sie versuchen, die Straßen zu betreten. Offensichtlich können sie wenig tun, um die massenmörderische Angriffe von „EinzeltäterInnen“ zu stoppen. Aber wie Boston gezeigt hat, kann, wenn sie zusammen mit der Black Lives Matter-Bewegung mobilisieren und sich die Gewerkschafts- und die DSA-Ortsgruppen ihnen anschließen, der Anstieg rechter Kräfte demoralisiert und gestoppt werden.

Schließlich besteht die Aufgabe von RevolutionärInnen darin, die Selbstverteidigung all jener zu organisieren, die angegriffen werden, sei es von den FaschistInnen oder von der Polizei und den Anti-EinwandererInnen-Einheiten. Die ArbeiterInnenbewegung sollte die Führung übernehmen, wenn es darum geht, sich gegen die rassistischen „Jagden nach Illegalen“ durch ICE-Horden zu stellen, indem sie massenhaft gewerkschaftliche Organisation vorantreibt in den Staaten mit „Recht auf Arbeit“ (Zwang in prekäre Jobs) und unter den MigrantInnen.

Die Koordination eines landesweiten Kampfes, der ArbeiterInnenaktivistInnen sowie antirassistische und Frauenbewegungen zusammenfasst, wäre ein erster Schritt zum Aufbau einer unabhängigen ArbeiterInnenpartei, die den Widerstand auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms für ArbeiterInnenmacht und Sozialismus vereinen kann.

- Niemand ist illegal: gleiche BürgerInnenrechte für alle!
- Auflösung der ICE-Einheiten!
- Selbstverteidigung gegen rassistische Überfälle und Abschiebungen

---

# Grüne: Einzeltäter Palmer?

*Frederik Haber, Frederik Haber, Infomail 1053, 3. Mai 2019*

Alexander

Gauland steht hinter Boris Palmer. Der AfD-Führer will nicht-weiße Menschen in Deutschland nicht sehen, der Tübinger Oberbürgermeister nicht auf der Werbung der Deutschen Bahn. Gauland ist bekennender Rassist. Palmer ist kein Rassist – sagt Boris Palmer.

Palmer behauptet, dass ihn nur störe, dass überproportional viel „dunkelhäutige Menschen“ die Bahn-Reklame schmücken. Und er habe nichts gegen MigrantInnen. Dumm nur, dass einer dieser Menschen Stuttgarter ist und auf den selten migrantischen Namen Müller hört. Palmer hat den Rassismus so verinnerlicht, dass er mit seiner Verteidigung gegen den Rassismus-Vorwurf genau diesen belegt: Nicht-Weiße gleich MigrantInnen – das zeigt, wie sehr er den Rassismus verinnerlicht hat.

Tatsächlich sind

in der Werbung Nicht-Weiße und erst recht MigrantInnen stark unterrepräsentiert. Andreas Baetzgen, Professor für Werbung und Marktkommunikation, stellt fest, dass „es die erkennbare Tendenz eines Konsumenten gibt, der jung, attraktiv, wohlhabend und weiß ist.“ (Stuttgarter Zeitung,



25.4.19) Wenn es Palmer tatsächlich um die wirklichkeitsnahe Repräsentation der Bevölkerung in der Werbung ginge, hätte er etwas gegen die Flut an weißen, meist blonden Parship-Models in der Werbung sagen können.

Aber Palmer hat sich keinen „Ausrutscher“ geleistet, er ist Wiederholungstäter. Er hat sich auch schon über Asylbewerber beschwert, die „blonde Professorentöchter“ belästigen würden. Kopftücher wollte er verbieten lassen. Schon Anfang August 2015 forderte er, Abschiebungen von abgelehnten AsylbewerberInnen mitzutragen und sichere Herkunftsländer neu zu definieren. Er spielte „wirtschaftliche Gründe“ gegen Flucht vor Krieg aus. Außerdem habe Deutschland „nicht Platz für alle“. Es sei ein Fehler, in [Erstaufnahmeeinrichtungen](#) Geld- statt Sachleistungen zu zahlen, das habe zu steigenden Flüchtlingszahlen aus dem Balkan geführt. Der Gipfel war seine Forderung, die EU-Außengrenzen notfalls bewaffnet zu schließen – noch bevor Beatrix von Storch an der Grenze schießen lassen wollte.

Anfang dieses Jahres begann er gegen „StörerInnen“ und „Tunichtgute“ im öffentlichen Raum zu hetzen und vorzugehen, was selbst vom CDU-geführten Landesinnenministerium als unrechtmäßig angesehen wurde und auf breiten Widerstand von sozialen und humanitären Organisationen traf.

# Palmer und die Grünen

In der Grünen

Partei stößt solche Politik auf breite Ablehnung. Jetzt wurde auch die

Forderung nach Ausschluss aus der Partei laut. Viele Mitglieder fragen, was er eigentlich bei den Grünen will.

Boris Palmer hatte in der Tat keine Geschichte als politischer Aktivist. Er war von Anfang an auf Karriere aus. Dazu half ihm der Ruhm seines Vaters Helmut, der als „Remstal-Rebell“ ständig Aktionen gegen politische Fehlentscheidungen und bürokratischen Unsinn durchführte, dabei Festnahmen und Verurteilungen in Kauf nahm. Palmers Vater war ein später Vertreter des südwestdeutschen aufsässigen Kleinbauern- bzw. KleinbürgerInnentums, das in den Bauernkriegen und in der Revolution von 1848 Geschichte gemacht hatte. Der Sohn war ein Jahr nach dem Parteieintritt bereits im Kreisvorstand und 5 Jahre später im Landtag. Der wusste immer, wo es warm herauskommt.

Interessanter

als die Frage, was Palmer bei den Grünen wollte oder will, ist aber die, was die Grünen von ihm wollen.

Palmer war der

Protegé des Alt-Realos Rezzo Schlauch, der zeitgleich, etwa 1996, mit der Gewinnung von Palmer für die Grünen auch die Parole ausgab, man solle

nicht immer nur auf  
die SPD als mögliche Koalitionspartnerin schauen, sondern eher  
auf die CDU. Zu  
einer Zeit also, wo die erste Beteiligung der Grünen an einer  
Bundesregierung  
noch Zukunftsmusik war, plante Rechtsausleger Schlauch schon  
Schwarz-Grün.

Sollen Palmers  
Provokationen wieder das Eis für heute noch Udenkbares  
brechen? Koalitionen  
mit der CSU in Bayern oder mit der CDU im Osten? Der AfD mit  
Rassismus das  
Wasser abgraben wollen? Und wer steht heute hinter ihm?  
Ministerpräsident  
Kretschmann vielleicht?

Im Moment ist  
schwer zu entscheiden, ob Palmer im Sinne von im Hintergrund  
waltenden  
Strukturen agiert. Sicher ist, dass es zu viele sind, die mit  
Biedermeiermiene  
brandstiften, die ihren Rassismus mit „Sachthemen“  
verkleistern. Sie müssen  
bekämpft werden! In Tübingen und überall.

---

**Reisefreiheit**

**unter**

# Stacheldraht: EU verschärft Migrationsregime

*Jürgen Roth, Infomail 1050, 9. April 2019*

Am EU-Sondergipfel Juni 2018 zu Migration herrschte in einer zentralen Frage Einigkeit. Nahezu alle Teilnehmerstaaten wollten die Zahlen der nach Europa kommenden MigrantInnen senken bzw. noch stärker kontrollieren.

Einig waren sich die EU-Staats- und RegierungschefInnen in der engeren

Kooperation mit „PartnerInnen“ wie dem ägyptischen Al-Sisi-Regime, der

Aufrüstung der Grenzschutzagentur Frontex von 1.500 auf 10.000 MitarbeiterInnen

– Anfang Dezember 2018 erst einmal von Ende 2020 auf 2027 verschoben – und der

Einrichtung „kontrollierter Zentren“, also Massenlagern für MigrantInnen. Der

Streit mit den Visegrad-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn, die im

Rahmen der Umverteilung innerhalb der EU keine Menschen aufnehmen wollen,

schwelt indes weiter. Die angekündigte Reform der Dublin-Verordnung ist

ebenfalls gescheitert.

Im Vergleich zu 2015 und 2016 ist die Zahl derjenigen, die es nach Europa schaffen, stark gesunken. Zudem haben sich die Migrationsrouten

vom Balkan über Italien nach Spanien verschoben. Ein Grund

dafür ist der im  
März 2016 unterzeichnete EU-Türkei-Deal, ein weiterer seit  
Juni mit Antritt der  
neuen italienischen Regierung die Kriminalisierung der  
privaten Seenotrettung.

Im Südosten, so auf den griechischen Inseln und in  
Nordbosnien, leben immer  
noch etliche, die 2015 auf der „Balkanroute“ stecken geblieben  
sind.

Gleichzeitig wurde/n in zahlreichen Mitgliedsstaaten der Union  
das Asylrecht  
geschliffen und restriktivere Regeln für MigrantInnen  
eingeführt.

## **Dänemark**

Im März 2017 wurde die 50. Verschärfung des Ausländerrechts  
beschlossen, keine zwei Jahre später ist die Zahl 100  
übertroffen. Im Dezember  
beschloss der Folketing offiziell die Abkehr vom Prinzip der  
Integration als  
Ziel der dänischen Ausländer- und Asylpolitik. Stattdessen  
konzentriert sich  
die von der rechten Danske Folkeparti unterstützte  
rechtsliberale Regierung auf  
einen vorübergehenden Aufenthalt.

Das Integrationsgeld wurde gekürzt. Abgelehnte  
AsylantragsstellerInnen  
sollen ab 2021 auf der kleinen Ostseeinsel Lindholm  
untergebracht werden. 2019  
tritt das „Ghetto-Gesetz“ in Kraft, dem zufolge bis 2030 sog.  
migrantische

Stadtviertel abgeschafft gehören. Als Ghetto gelten Bezirke mit mind. 50 % EinwohnerInnen aus „nicht westlichen“ Ländern, einer Arbeitslosigkeit über 40 % und in denen die Kriminalitätsrate höher als anderswo im Staate Dänemark ist. In solchen Gegenden soll künftig Kita-Besuch Pflicht werden. Eine Extra-Justiz bestraft einige Delikte doppelt so streng wie in anderen Wohnvierteln. Der Schlachtruf „Bekämpfung von Parallelgesellschaften“ ist nicht das Einzige, was in diesem Staat faul ist.

## Österreich

Die seit über einem Jahr amtierende ÖVP/FPÖ-Bundesregierung hatte versprochen, Abschiebungen zu forcieren und die Regeln für Eingewanderte in der Alpenrepublik zu ändern. Sie hielt Wort:

Seit 1. September 2018 kann Bargeld bis zu 840 Euro pro Person bei der Asylantragstellung beschlagnahmt werden. Neu ist ein automatisch einsetzendes Aberkennungsverfahren, wenn Asylberechtigte einen Reisepass ihres Herkunftslandes beantragen oder in dieses reisen. Die Wartepflicht für die Verleihung der StaatsbürgerInnenschaft wurde von 6 auf 10 Jahre verlängert. Ein im April 2019 in Kraft tretendes Gesetz sieht vor, dass für AusländerInnen 300 von 863 Euro der Mindestsicherung an Bedingungen wie

Sprachkenntnisse geknüpft sind. Ab Januar diesen Jahres soll das Kindergeld für EU-AusländerInnen (jährlich mehr als 100 Millionen Euro) gekürzt werden. Betroffen davon sind v. a. Arbeitskräfte aus Polen, Rumänien, der Slowakei und Ungarn. Dagegen drohen EU-Kommission und -Parlament mit einem Vertragsverletzungsverfahren. Österreich zählt zur „Achse der Willigen“ – jener, die dafür eintritt, an den Landesgrenzen innerhalb der Union MigrantInnen abzuweisen. Bundeskanzler Kurz sieht diese ohnehin besser auf Anlandeplattformen außerhalb des Kontinents festgehalten. Die Achsenpolitik deckt sich mit Seehofers Zielen, die schon teils in Bayern verfolgt werden.

## **Italien**

Lega-Innenminister Salvini untersagte binnen kürzester Zeit das Anlegen von Schiffen voller EinwanderInnen, verfolgte Seenotretterinnen und beschnitt gleichzeitig Rechte von im Land lebenden AusländerInnen. Begleitet wurde das Ganze von einer Reighe rassistischer Überfälle. Die Zahl der in Italien ankommenden MigrantInnen sank drastisch.

Im November wurde ein „Dekret für Einwanderung und Sicherheit“ verabschiedet, das laut UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)

internationale Menschenrechtsprinzipien grundlegend verletze. Das humanitäre Bleiberecht soll abgeschafft werden. Dieser Status für bisher mehr als ein Viertel der AsylbewerberInnen ermöglichte den legalen Aufenthalt. Die Zahl der ordentlichen Asylbescheide liegt weit darunter. Abschiebungen sollen erleichtert werden, die Unterbringungsdauer in Abschiebezentren wurde von 90 auf 180 Tage verdoppelt. Kommunale Integrationszentren wie in Riace dürften bald der Vergangenheit angehören. Im Oktober wurden hieraus 200 gut integrierte Migrantinnen in Flüchtlingsunterkünfte zwangsumgesiedelt.

## Frankreich

Im Frühjahr 2018 passierte ein Gesetzespaket zur Verschärfung des Asyl- und Einwanderungsrechts Nationalversammlung und Senat trotz Kritik auch aus den Reihen der Regierungspartei Macrons La République en Marche (LREM). Asylanträge sollen demnach innerhalb von 6 Monaten entschieden werden, die Einspruchsfrist gegen einen negativen Entscheid wurde verkürzt, die Dauer der Abschiebehaft von 45 auf 90 Tage erhöht. Es soll schärfer zwischen Flüchtlingen und „Wirtschaftsimmigration“ unterschieden werden. Der Aufenthaltstitel für subsidiär Geschützte, denen zuhause Tod und Folter drohen, soll für 4 Jahre statt bisher eines verliehen werden. Letztere



sollen nach dem Vorbild der BRD „besser“ aussortiert und eher abgeschoben werden. Während in der übrigen EU die Asylanträge seit 2016 zurückgingen, nahm deren Zahl in Frankreich 2017 auf über 100.000 zu. Die Studiengebühren für ausländische Studierende sollen von knapp unter 200 Euro auf über 2.700 jährlich angehoben werden. (NEUES DEUTSCHLAND/ND, 29.30.12.2018, S. 4)

## Großbritannien

Seit Wochen nimmt die Zahl derjenigen zu, die Großbritannien auf dem Wasserweg über den Ärmelkanal erreichen wollen. Der Grund dafür: personell verstärkte und technisch verfeinerte Kontrollen der Fähren und Eisenbahnen im Eurotunnel auf blinde PassagierInnen! 2 britische Kriegsschiffe wurden vom Auslandseinsatz zurückgerufen, um die hier eingesetzten 2 Küstenschutzboote zu verstärken. 539 ausländische Geflüchtete versuchten 2018, das Land auf dem besonders gefährlichen Seeweg über den Kanal zu erreichen, darunter allein 80 % im letzten Quartal. Die französische Kommunalpolizei in Boulogne-sur-Mer überwacht vermehrt die Fischerboote, damit sie nicht für diese riskanten Unternehmen gestohlen werden, und fordert gemeinsame Patrouillen zwischen der britischen und französischen Seepolizei. Ein Fischer

meinte, die Londoner Regierung locke MigrantInnen dadurch an, dass sie praktisch nichts gegen „Schwarzarbeit“ sich illegal auf der britischen Insel aufhaltender unternehme – „splendid isolation“? (ND, 4.1.2019, S. 6)

## **Salzburger Gipfeltreffen im September 2018**

28 EU-Mitgliedsstaaten trafen sich am 19.9.2018 in Salzburg und debattierten Wege zu einem einheitlichen Asylsystem. Im Mittelpunkt standen Debatten über Flüchtlingsdeals, Lager in Nordafrika, die Behinderung und Ausschaltung der zivilen Seenotrettung. Die österreichische EU-Präsidentschaft erneuerte ihren Vorschlag, Flüchtende außerhalb der EU-Grenzen in „Rückkehrzentren“ festzusetzen und auf europäischem Boden überhaupt keine Asylanträge mehr zu akzeptieren.

Bis Mitte September 2018 hatten 74.388 Schutzsuchende Europa übers Mittelmeer erreicht, 1.600 kamen dabei zu Tode. Ankünfte gingen zurück, die Todesrate stieg – das Ergebnis rigorosen Vorgehens staatlicher Behörden gegen die zivile Seenotrettung und ihrer Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache. Der Europäische Rat gewährte den libyschen „PartnerInnen“ im Juni 2018 völlige Handlungsfreiheit und forderte, im Mittelmeer

verkehrende Schiffe  
dürften diese nicht stören. In libyschen Flüchtlingslagern  
hatte sich die Zahl  
der Schutzsuchenden von März bis Ende Juli von 4.400 auf über  
10.000 mehr als  
verdoppelt – darunter 2.000 Frauen und Kinder. Folterungen,  
Vergewaltigungen  
und Morde sind hier an der Tagesordnung.

Seit Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals herrscht  
Ausnahmestand auf den griechischen-Ägäisinseln. Allein auf  
Lesbos saßen ca.  
10.000 Flüchtlinge fest, 60 % der Ankommenden sind Frauen und  
Kinder, die  
aufgrund restriktiver Familiennachzugsregeln wieder auf  
Schlepperboote  
zurückverwiesen sind. Von den 55.000 in Libyen beim UNHCR  
Registrierten wurden  
zwischen November 2017 und Ende Juli 2018 1.536 nach Niger im  
Rahmen des  
Emergency Transit Mechanism (Notüberführungsmechanismus)  
evakuiert. Nur 339  
Schutzsuchende fanden Aufnahme in Europa und Nordamerika.

Schaffen es trotz der von der EU vorangetriebenen Pläne zur  
Schließung der Mittelmeerroute doch Flüchtlinge nach Europa,  
gilt das Motto:  
Festsetzung, Sortierung, Abschiebung. Das bedeutet Lager, Haft  
und entweder  
vermehrte Abschiebung in die Heimat oder die „Auslagerung“ in  
Drittstaaten. Die  
EU-Kommission legte am 28.7.2018 ein Konzept für die  
Einrichtung von  
„Kontrollierten Zentren“ innerhalb und „Regionalen  
Ausschiffungsplattformen“

außerhalb der EU-Grenzen vor. In ersteren sollen gerettete Bootsflüchtlinge bis zu 8 Wochen untergebracht werden, „Asyl-Screening“ und Verteilung stattfinden.

Ein Schnellverfahren soll binnen 72 Stunden über Anerkennung, Ablehnung oder Unzulässigkeit der Anträge entscheiden. Letztere unterscheiden sich davon nur

dadurch, dass die EU die Verantwortung und die Plattformen auf Nordafrika

abwälzt. Die österreichische Hardcorevariante dessen sind „Rückkehrzentren“.

Hier sollen alle Asylanträge gestellt werden, in Europa keine mehr. Dort sollen

auch alle Personen untergebracht werden, die um Bleiberecht ersuchen bzw.

abgewiesene AusländerInnen, die aus in ihrer Person liegenden Gründen

(subsidiäre Schutzbedürftigkeit) oder mangels Aufnahmebereitschaft ihrer

Herkunftsstaaten nicht wieder in die Heimat geschickt werden können.

Mehr Geld und Einsatzkräfte für Frontex stand ebenfalls in der Brüsseler Vorlage vom 12.9.2018. Hier herrschte einhellige Akzeptanz. Der

Beginn dieser Maßnahmen verzögert sich indes (s. o.). Die Verhandlungen über

eine umfassende Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS),

v. a. die Dublin-IV-Verordnung, verliefen dagegen zäh und erzielten kein

Ergebnis. PRO ASYL hatte die GEAS-Vorlage aus dem Jahre 2016 als Orbánisierung

der europäischen Flüchtlingspolitik bezeichnet: kollektive Aushebelung des

Zugangs zum Asylverfahren und Auslagerung der Verantwortung auf Drittstaaten  
v. a. Nordafrikas, Unterbindung der Weiterwanderung von Asylsuchenden und  
Geflüchteten innerhalb der EU. Die Organisation spricht von einem  
Paradigmenwandel im europäischen Flüchtlingsschutz, der das individuelle  
Asylrecht in der Union infrage stelle. Dass das EU-Parlament am 12.9.2018 mit  
deutlicher Mehrheit für die Einleitung eines Strafverfahrens nach Artikel 7 des  
EU-Vertrages gegen Ungarn gestimmt hat, dürfte ein schwacher Trost für diese Orbánisierungsgegnerin  
bleiben.

## **Für eine Aktionskonferenz!**

Die rassistischen Gesetzesverschärfungen in der EU und der Vormarsch rechtsextremer Kräfte verdeutlichen die Dringlichkeit des Aufbaus  
einer europaweiten anti-rassistischen Bewegung. Nur so können Klassensolidarität mit den Geflüchteten, der Kampf gegen die Abschottung und  
Militarisierung der EU-Außengrenzen sowie gegen Angriffe der RassistInnen, der  
KapitalistInnen und der Regierung nachhaltig und erfolgreich werden. Wir  
schlagen daher eine Aktions- und Strategiekonferenz vor, die folgende  
Forderungen diskutieren sollte:

- AfD, Pegida, rassistischen und faschistischen

Mobilisierungen entgegenreten! Organisierte Selbstverteidigung und Solidarität gegen rassistische Angriffe!

- Gegen alle Abschiebungen! Rücknahme aller Verschärfungen der Asylgesetze! Nein zum sog. „Integrationsgesetz“! Keine rassistischen Sondergesetze wie „Burkaverbot“ oder Einschränkung des Nachzugs von Verwandten! Bereitstellung von sicherer Unterbringung (z. B. in Frauenhäusern) für Frauen und sexuell Unterdrückte! Für offene Grenzen! Seenotrettung ist kein Verbrechen – weg mit der Festung Europa!
- Volle StaatsbürgerInnenrechte für alle Geflüchteten und MigrantInnen! Recht auf Arbeit und Mindestlohn von 12,- Euro netto/Stunde für alle! Öffentliches Wohnungsbauprogramm! Beschlagnahme leerstehender Wohnungen und entschädigungslose Enteignung von ImmobilienspekulantInnen, um Wohnraum für alle zu schaffen! Gewerkschaftliche Organisation der Geflüchteten!

---

## **Neuseeland: Massenmord in Christchurch**

*Internationales Sekretariat der Liga für die 5. Internationale, 18. März 2019, Infomail 1047, 19. März 2019*

Die terroristische Ermordung von 50 MuslimInnen und die teilweise lebensgefährliche Verwundung von weiteren 48 in Moscheen in Christchurch, in der Region Canterbury an der Ostküste der Südinsel Neuseelands liegend, ist das jüngste erschreckende Zeugnis für den Anstieg des gewalttätigen Rassismus weltweit. Obwohl solche Ausschreitungen oft das Werk kleiner rechtsextremer Netzwerke oder pathologischer „EinzelgängerInnen“ sein mögen, werden die Ideen, die sie motivieren, von einem viel größeren und wachsenden Spektrum politischer Kräfte getragen, die Hass verbreiten wie Pegida in Deutschland, Tommy Robinson (bürgerlicher Name: Stephen Yaxley-Lennon), die FLA (Fußballanhängervereinigung) oder UKIP (Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs) unter Gerard Batten in Großbritannien. Einige befinden sich bereits in mit enormer Macht ausgestatteten Positionen, allen voran Donald Trump.

Viele der Opfer in Christchurch waren Flüchtlinge und stammten aus Syrien, Jordanien, Pakistan und Bangladesch. Neuseeland hat eine sehr kleine muslimische Gemeinschaft, etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Doch die RassistInnen stellen sie als Bedrohung für „unsere“ Zivilisation dar und geben vor, ihre Opfer zu sein. Tatsächlich sind sie die TäterInnen und würden uns alle in die Barbarei stürzen, wenn es nach ihrem

Willen ginge.

Wie bei anderen mörderischen Gewalttaten folgte auf das Entsetzen schnell die Heuchelei. Stunden nach dem Angriff erklärte die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern, dass es in Neuseeland „keinen Platz für die AnstifterInnen von Hass“ gebe. Aber die gleiche Ardern hat mit Mitgliedern von New Zealand First, einer offen rassistischen Partei, eine Regierung gebildet und überließ der Partei drei Kabinettsitze, obwohl sie bei den Wahlen 2017 nur 7,2 Prozent erzielte.

## **Rassistische Morde**

Der Massenmörder Brenton Harrison Tarrant, ein 28-jähriger australischer weißer Rassist und Neonazi, hat seinen Angriff auf die beiden Moscheen mit einer Helmkamera live mitgefilmt. Videoclips seiner Tat verbreiteten sich bald weltweit über Facebook, Twitter, YouTube und Reddit. Dies stellt einen Schritt dar, die sozialen Medien als Waffe zu nutzen, nicht nur um rassistische Ideologie zu verbreiten, sondern auch um Massenmorde anzuregen.

Tarrant veröffentlichte zwei Tage zuvor



auch ein 74-seitiges Manifest, „The Great Replacement“ (Der Große Ersatz), das den norwegischen Neonazi und Massenmörder Anders Behring Breivik kopierte. Es enthielt die von Grund auf paranoiden Fantasien über muslimische Einwanderung und Terrorismus, die einen „weißen Völkermord“ darstellen, und die Aussage, dass US-Präsident Donald Trump „ein Symbol für die erneuerte weiße Identität“ sei.

Breivik hat 2011 77 Menschen ermordet und Tarrant behauptet, mit ihm in Kontakt gestanden zu haben. Er ist zu einem Helden und Vorbild für Online-HasserInnen gegen MuslimInnen, Juden und Jüdinnen, FeministInnen, Schwarze und LGBT+-Menschen geworden.

Breiviks Hauptziel war nicht eine Moschee, sondern ein Sommercamp der Arbeidernes Ungdomsfylking (AUF = ArbeiterInnen-Jugendliga) auf der Insel Utøya bei Oslo. Dort tötete er 69 junge SozialistInnen, nur weil ihre Organisation Flüchtlinge unterstützt und ihnen geholfen hat. Er betrachtete seine jungen Opfer als „RassenverräterInnen“ und seine Tat inspirierte in den folgenden Jahren zweifellos eine ganze Reihe von rassistischen Morden.

In Großbritannien scheint ein identisches Motiv Thomas Alexander Mair angespornt zu haben, als er am 16. Juni 2016 die

Labour-Unterhausabgeordnete Helen Joanne „Jo“ Cox erschoss und erstach. Cox war bekannt für ihre Arbeit bei der Aufnahme von Flüchtlingen und für die Unterstützung von deren Bewegungsfreiheit. Der Mord geschah in den letzten Tagen der Brexit-Kampagne, die einen Anstieg der Angriffe auf MuslimInnen und mehrere versuchte Brandanschläge auf Moscheen geschürt hatte. Während seines Angriffs rief Mair „This is for Britain“ (Dies ist für Britannien), „Keep Britain independent“ (Haltet Britannien unabhängig) und „Put Britain first“ (Stellt Britannien an die erste Stelle).

Ein Jahr später, am 19. Juni 2017, griff Darren Osborne eine Menschenmenge vor dem Muslimischen Wohlfahrtshaus in der Nähe der Finsbury-Park-Moschee in Nordlondon an und tötete eine Person.

Das Muster der Angriffe auf Gebetsstätten richtet sich jedoch nicht ausschließlich gegen MuslimInnen. In den USA sind Kirchen seit langem Ziel von weißen RassistInnen. Am Abend des 17. Juni 2015 schoss ein 21-jähriger Dylann Roof bei einem Gebetstreffen in der Emmanuel African Methodist Episcopal Church in der Innenstadt von Charleston, South Carolina, neun ältere AfroamerikanerInnen nieder.

Am 12. August 2017 sah die Öffentlichkeit

die Unite-the-Right-(Vereinigt die Rechte)-Märsche in Charlottesville, Virginia, wo verschiedene weiße RassistInnen, Neonazis und die Alt-Right einen Fackelmarsch auf den Universitätscampus durchführten und „Juden/Jüdinnen werden uns nicht ersetzen“ und „Unser Blut, unser Boden“ riefen. Am nächsten Tag wurde Heather Heyer von einem weiteren Mörder, James Alex Fields Jr., der mit seinem Auto in eine Gruppe von GegendemonstrantInnen raste, absichtlich überfahren und tödlich verletzt. Donald Trumps Antwort war die Verurteilung von „Hass, Fanatismus und Gewalt auf vielen Seiten“, indem er Fields eindeutig mit den antifaschistischen GegendemonstrantInnen gleichsetzte, zu denen Heyer gehörte.

Am 27. Oktober 2018 wurden in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh, Pennsylvania, von Robert D. Bowers, einem weiteren weißen Rassisten, elf Menschen getötet und sieben verletzt. Während seiner Tat schrie er: „Alle Juden/Jüdinnen müssen sterben“!

## **Gemeinsamer Nenner**

All diese Gräueltaten, ob gegen MuslimInnen, Farbige, Juden/Jüdinnen oder MigrantInnen, haben einen gemeinsamen Nenner: Rassismus – ein Rassismus, der in einer längeren Zeit der

kapitalistischen Stagnation, die von Krisen unterbrochen wird, leicht an Fahrt gewinnt. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen die ArbeiterInnenbewegung aufgrund ihrer falschen Führung keinen Widerstand leistet und keine echte und dauerhafte Lösung bietet, nicht nur für sich selbst, sondern für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten. Diese Lösung ist der Sozialismus, ein Sozialismus, der nur durch die politische Macht der ArbeiterInnenklasse errichtet werden kann.

Wenn bestimmte Klassen oder Teile von Klassen mit einem akuten sozialen Niedergang konfrontiert sind, aber nicht fähig oder willens sind, die eigentliche Quelle ihrer Unsicherheit und Hilflosigkeit zu erkennen, können ihre Ressentiments und ihr Hass leicht gegen noch stärker unterdrückten und noch angreifbarere Teile der Gesellschaft gerichtet werden.

Die größte Gefahr, der wir heute ausgesetzt sind, sind nicht terroristische Einzelpersonen oder kleine Gruppen von Neonazis, sondern die Teile der rechten kapitalistischen Parteien, die milliardenschweren Medien, die populistischen Parteien und PolitikerInnen, die den Rassenhass gegen MuslimInnen, Juden/Jüdinnen, Flüchtlinge, MigrantInnen aus Afrika, dem Nahen Osten, Lateinamerika oder Asien schüren.

Heute pflegen Donald Trump und seine soziale Basis, die von der Alt Right beeinflusst wird, die Verbindung zu „identitären“, von einer „Überlegenheit“ der Weißen überzeugten, offen faschistischen Kräften. Dies zeigt sich in Trumps Antwort auf die Vorfälle von Christchurch. Vom Weißen Haus aus nannte er das Blutvergießen „eine schreckliche Sache“, leugnete aber, dass die rassistische Rechte eine wachsende Bedrohung auf der ganzen Welt sei, und sagte, es sei „eine kleine Gruppe von Menschen, die sehr, sehr ernste Probleme haben“.

In einem Interview mit dem Breitbart-Nachrichtendienst in dieser Woche drohte Trump kaum verhüllt mit einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Linken, womit er seine liberalen KritikerInnen im Kongress sowie den Massenwiderstand auf den Straßen meint:

„Wissen Sie, die Linke spielt ein härteres Spiel, es ist sehr komisch. Ich denke eigentlich, dass die Leute auf der rechten Seite härter sind, aber sie handeln noch nicht härter. Okay? Ich kann Ihnen sagen, dass ich die Unterstützung der Polizei, die Unterstützung des Militärs, die Unterstützung der „Bikers For Trump“ habe. Ich habe die harten Leute, aber sie handeln noch nicht hart, bis sie zu einem bestimmten Punkt kommen, und dann wäre es sehr schlecht, sehr schlecht.“

Nach den schrecklichen Ereignissen in Neuseeland haben die „verantwortungsbewussten und seriösen“ Medien das anhaltende Geschrei gegen Facebook und die sozialen Medien fortgesetzt, als wären diese der Ursprung des giftigen Rassismus und der Hasspropaganda. In Großbritannien zum Beispiel sind es die gängigen Boulevardzeitungen wie Daily Mail, Express und Sun, die hasserfüllte gefälschte Nachrichten und Karikaturen von das Land überschwemmenden „Scheinflüchtlingen“, „pakistanischen VergewaltigerInnen“, KinderschänderInnen usw. verbreiten.

## **Vorbereiten!**

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreiteten die rechten Medien die abscheulichste antisemitische Propaganda, deren Themen und Bildern dem islamophoben Material von heute bemerkenswert ähnlich waren. Aus dieser Kultur des Rassismus entstehen sowohl EinzelterroristInnen als auch rassistische Banden, die EinwanderInnen angreifen.

Dies sollte uns davor warnen, dass die Verbreitung radikaler rechtsextremer Ideen, insbesondere wenn ihre Kräfte aus dem Schatten auftauchen und auf die Straße gehen, von der Linken wirksamer

bekämpft werden muss.

- Erstens müssen wir jeden rassistischen und faschistischen Mobilisierungsversuch stoppen, unsere Straßen zu kontrollieren oder ImmigrantInnen einzuschüchtern und ethnische oder religiöse Minderheiten als Zielgruppe zu bedrohen. Wenn wir das nicht tun, werden sie unweigerlich zu vollständig faschistischen Kräften heranwachsen, die die Existenz der ArbeiterInnenbewegung gefährden. Wo auch immer sie hingehen, unser Slogan und unsere Praxis muss „No Pasaran“, d. h. „Sie werden nicht durchkommen!“, sein.
  
  - Zweitens müssen wir die Jugendlichen, Frauen und ArbeiterInnen der Gemeinschaften, die die RassistInnen attackieren, stärker und vollständiger in die ArbeiterInnenbewegung einbeziehen, sie gegen die Schikanen von Polizei- und Einwanderungsbehörden verteidigen und auf ihrem Recht auf Aufenthalt, Arbeit und gleichberechtigtem Zugang zu allen Vorteilen und Rechten bestehen, die andere BürgerInnen genießen.
  
  - Drittens müssen wir den Aufbau einer mächtigen Bewegung, von Parteien und Gewerkschaften, die gegen die Sparpolitik auftreten, und den Kampf für den Sozialismus vorantreiben. Nur eine starke positive Kraft, die für ein anderes Gesellschaftssystem steht, kann den Sumpf des Rassismus trockenlegen.
-

# Lage der Frauen seit der großen Wirtschaftskrise

*Katharina Wagner, ArbeiterInnenmacht, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 7, März 2019*

## Erwerbstätigkeit

1. Die Weltwirtschaftskrise hat den Bereich von Leih- und Zeitarbeit ausgebaut sowie den Beschäftigungsanteil im prekären Sektor. Dies diente dazu, die Kosten, die durch die Finanzkrise entstanden sind, auf die ArbeiterInnenklasse abzuwälzen. Frauen sind davon besonders betroffen. Im Folgenden betrachten wir die Beschäftigungsverhältnisse im globalen Vergleich, um die Stellung von Frauen im Produktionsprozess zu belegen. Diese Betrachtung ist notwendig, um auf etwaige Unterschiede, die die ArbeiterInnenklasse als gesamte spalten, aufmerksam zu machen.

Glaut man der International Labour Organisation (ILO), so hat sich die weltweite Lage von Frauen in den letzten Jahren leicht verbessert.

Noch nie waren so viele weltweit erwerbstätig. Auch die Bildungschancen für Frauen und Mädchen sind gestiegen. Vergleicht man die derzeitige weltweite Erwerbsquote von Frauen von ca. 48,5 % mit dem Anteil von



männlichen

Lohnabhängigen – dieser betrug 2018 etwa 75 % –, so bleibt weiterhin eine

deutliche Differenz bestehen. Dieser Unterschied fällt in Industrieländern wie

etwa Deutschland noch relativ gering aus, ist aber in sog. Schwellenländern

(entwickelten Halbkolonien wie z. B. Brasilien, Indien) ausgeprägt. In

Entwicklungsländern hingegen ist die Differenz in der Erwerbstätigkeitsquote

zwischen Männern und Frauen am geringsten. In diesem Fall ist dies aber eher

als Indikator für fehlende soziale Absicherung und Armut zu interpretieren – vergleichbar

der Situation im Frühkapitalismus in westlichen Ländern. Das heißt konkret,

dass der Lohn des Mannes allein nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren,

und alle, also Frauen und teilweise auch Kinder, gezwungen sind, ihre

Arbeitskraft zu verkaufen wie beispielsweise in Pakistan.

Ein generelles Problem, welches weiterhin besteht, ist die größere Bedrohung durch Arbeitslosigkeit für Frauen. Die globale

Arbeitslosenquote für Frauen beträgt laut ILO derzeit etwa 6 % und liegt

damit um 0,8 % höher als bei Männern. Allerdings liegen die Arbeitslosenquoten für beide Geschlechter in Entwicklungsländern deutlich unter

denen der Industriestaaten. Die Prognosen für sog. Schwellenländer wie etwa die

arabischen Staaten oder auch Nordafrika gehen von einer zukünftigen

Verschlechterung im Bereich der Frauenerwerbstätigkeit in den

nächsten Jahren  
aus [1].

Ein Blick auf die Quoten der Erwerbstätigkeit reicht aber nicht aus. Vielmehr müssen wir uns genauer die jeweiligen Beschäftigungsverhältnisse ansehen, mit denen Frauen konfrontiert sind.

Seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 hat sich der Anteil der Zeitarbeit in Deutschland von 13,7 % im Jahre 2009 wieder auf das Niveau von vor der Krise (14,5 %) eingependelt. In einigen anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Griechenland ist er dagegen exponentiell angestiegen. Demgegenüber ist der Bereich der Teilzeitbeschäftigung faktisch überall in Europa um 3–5 % angewachsen. In Deutschland beträgt er im Moment rund 29 %. Sind von Zeitarbeit eher die männlichen Lohnabhängigen betroffen, konzentriert sich die Teilzeitarbeit vor allem in Bereichen mit hohem Frauenanteil wie etwa dem Dienstleistungs- oder Pflegesektor.

Zusätzlich sind Frauen weltweit deutlich häufiger unter prekären Bedingungen beschäftigt als Männer. Besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern sind sie mit 46 % bzw. 76 % besonders hoch.

Zusätzlich findet die prekäre Beschäftigung, vor allem in Entwicklungsländern, im informellen Sektor statt. Diese beinhaltet das komplette

Fehlen von Sozialleistungen

oder genereller Absicherung bei Krankheit oder Schwangerschaft [1].

Als wäre das nicht schon mehr als genug, findet man auch doppelt so häufig Frauen wie Männer in der Rolle von HilfsarbeiterInnen im eigenen Familienbetrieb, hier meist ohne schriftliche Verträge und teilweise sogar komplett unentgeltlich. Zwar ist der Anteil der Frauen, die als mithelfende Familienangehörige im Eigenbetrieb arbeiten, in Schwellenländern in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zurückgegangen. In Entwicklungsländern jedoch macht er noch immer 42 % der Gesamtbeschäftigung von Frauen aus. Im Vergleich dazu beträgt er bei Männern lediglich rund 20 % [2].

2. Migrantische Frauen verdienen in der Regel schlechter. (Anmerkung: Das gilt in der Regel nicht für weiße Frauen aus imperialistischen Ländern aufgrund der Stellung dieser Länder auf dem Weltmarkt.) Sie haben darüber hinaus mit zusätzlichen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen. Laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegt Deutschland einen der vorderen Plätze, wenn es um die Integration von MigrantInnen geht. So hat sich beispielsweise die Beschäftigung von im Ausland geborenen Lohnabhängigen zwischen 2006 und 2017 um 7,9 % erhöht und beträgt demnach nun ca. 67 %. Auch die Erwerbslosigkeit von MigrantInnen hat sich in den letzten 10 Jahren auf 6,9 % halbiert [3]. Dennoch liegt sie deutlich über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5,2 % im Jahre 2018 [4]. Auch die Gefahr, in Armut zu leben, ist für MigrantInnen deutlich höher als für „Einheimische“. Derzeit

leben rund 21,7 % von ihnen unter der Armutsgrenze, bei den „Einheimischen“ dagegen nur ca. 16,7 %. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen ist die Quote von lohnabhängigen MigrantInnen ohne Berufsabschluss mit 35 % mehr als dreimal so hoch, zum anderen sind rund 40 % für ihren ausgeübten Beruf überqualifiziert und damit deutlich schlechter gestellt als die übrigen Lohnabhängigen. Unter ihnen trifft dies nur bei 20 % zu. Dieser Umstand liegt vor allem an im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und der mangelnden Anerkennung durch deutsche Behörden. Vor allem Frauen sind davon massiv betroffen, denn bei ihnen ist der „Beschäftigungsabstand“ zur hier geborenen Bevölkerung weit höher als im Durchschnitt aller ZuwanderInnen. Vergleicht man ihre Situation mit in Deutschland geborenen Frauen, wird deutlich, dass sie stärker in Teilzeit und in Bereichen außerhalb ihrer beruflichen Qualifikation angestellt sind [3].

## **Rolle der Gewerkschaften**

3. Weltweit lässt sich feststellen dass es eine Zunahme an Lohnabhängigen gib, sowohl in absoluten Zahlen, als auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Gerade im asiatischen Raum ist der Anteil der ArbeiterInnen aufgrund der industriellen Entwicklung rasant gewachsen. (Verglichen mit den 1970er und sogar 1980er Jahren kann man z. B. in Pakistan einen deutlichen Rückgang des Organisationsgrads feststellen. Zwar ist die Zahl der insgesamt gewerkschaftlich Organisierten in einigen Sektoren gestiegen, diese muss jedoch in Relation zu einer bedeutend größeren GesamtarbeiterInnenklasse als in den 1960er und 1970er Jahren gesetzt werden. 2007 waren 1,3 Millionen organisiert, nur rund 2 % aller Lohnabhängigen. In bedeutenden Zweigen hingegen ist der Organisationsgrad aufgrund von Privatisierung und Verkleinerung der Belegschaften in solchen Firmen zurückgegangen.) Das heißt,

dass die ArbeiterInnenklasse global wächst, aber ihr Organisationsgrad niedrig ist.

So ist auch in Europa der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten generell von rund 40 % in den 1990er Jahren auf ca. 20 % gesunken. In Schweden betrug er 2014 nur noch rund 70 % (Ausgangspunkt 80 % in den 80er Jahren). In Großbritannien ging der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder seit den 80er Jahren auf unter 20 % zurück. Auch Österreich hat einen starken Mitgliederschwund auf knapp 30 % zu verzeichnen. Einzig allein Italien konnte diesen Anteil nahezu konstant bei 40 % halten [5].

Diese Zahlen beziehen sich allerdings auf die gesamte Mitgliedschaft, sagen daher wenig über die Lage der Frauen in den Gewerkschaften aus. Tatsächlich ist ihr Anteil seit 2005 zwar nur leicht, dafür aber kontinuierlich gestiegen. Er beträgt aber leider mit 33,7 % (Stand 2017) weiterhin nur rund 1/3 aller Mitglieder. Den höchsten Frauenanteil von fast 72 % finden wir bei der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft). Bei ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) ist über die Hälfte der Mitglieder weiblich (52 %) und bei der NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten) beträgt er immerhin noch 42 %. Demgegenüber gibt es deutlich geringere Frauenanteile in den anderen Gewerkschaften. Den geringsten finden wir bei der IG Metall mit 18 % [6]. Die oben erwähnten Zahlen beziehen sich aber allein auf die Mitgliedschaft. Betrachtet man dagegen

die oberen Hierarchieebenen innerhalb der Gewerkschaften, sind dort immer noch sehr wenig Frauen anzutreffen. Sie sind hier zumeist in Dienstleistungs-, Sekretariats- sowie in politischen ReferentInnentätigkeiten beschäftigt. Sollten sie doch einmal in die entscheidenden Organisationsebenen vordringen, dann eher als Repräsentantinnen für Frauen und Jugendliche oder im Bereich Soziales. Bereiche wie beispielsweise Wirtschafts- oder Tarifpolitik ebenso wie die Betriebsratsarbeit oder die Ortsverwaltungsstellen werden nach wie vor meist von Männern dominiert [7]. Was sagen uns diese Fakten? Sie sind ein Zeichen dafür, dass Frauen in Gewerkschaften immer noch stark unterrepräsentiert sind und dementsprechend ihre Interessen zu wenig berücksichtigt werden. Die Gewerkschaften unternehmen leider immer noch viel zu wenig, um diesen Umstand zu verändern. Nach wie vor verweigern sich Gewerkschaften auch der Aufnahme von Flüchtlingen, worunter auch viele Frauen fallen.

## **Existierende Lohndiskriminierung**

4. Ein weiterer wichtiger Faktor in Bezug auf Frauenunterdrückung ist die weltweit existierende geschlechtsspezifische Lohnlücke und zwar unabhängig vom Entwicklungsstand eines jeweiligen Landes. In Deutschland beträgt diese im Moment rund 21 %. Als Gründe werden häufig

zum einen der hohe Beschäftigungsanteil im Niedriglohnsektor, zum anderen aber auch fehlende Tarifverhandlungen und Mindestlöhne genannt. Und Mutterschaft ist nicht nur ein Nachteil in der Karriereplanung, sondern häufig auch ein Argument von Arbeit„geber“Innen für geringere Bezahlung. Als direkte Folge daraus herrschen eine mangelnde Absicherung und die größere Gefahr von Altersarmut für Frauen [8].

Für die Durchsetzung des Zieles „gleiches Entgelt für Männer und Frauen“ trat am 6. Juli 2017 das Entgelttransparenzgesetz in Kraft. Darin ist verankert, dass Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 MitarbeiterInnen alle 2 Jahre einen individuellen Auskunftsanspruch zu den geltenden Entgeltstrukturen des jeweiligen Betriebes geltend machen können, erstmals seit 6. Januar 2018. Allerdings muss der Anspruch in Textform erfolgen und gilt nur für Beschäftigte des jeweils anderen Geschlechts, welche eine gleiche/gleichwertige Tätigkeit im Betrieb ausüben. Damit soll insgesamt die Durchsetzung eines Anspruchs auf gleichen Lohn unabhängig vom Geschlecht erleichtert werden [9].

Die Kritik am Gesetz kam prompt. So wurde es beispielsweise von der Direktorin des Instituts für Arbeit und Qualifikation an der Uni Duisburg-Essen, Ute Klammer, als ein „zahnloser Tiger“ bezeichnet. Auch befürchten viele, es verkomme zu einem Bürokratiemonster. Tatsächlich stellt sich aber die Frage, was mit der gewonnenen Transparenz erreicht werden kann.

Traut sich „Frau“, gegen einen geringeren Lohn zu protestieren und damit womöglich ihren Job zu riskieren? In einem Interview der Tageszeitung „Neues Deutschland“ bezeichnete die Finanzexpertin Henrike von Platen die Unternehmenskultur als traditionell männlich geprägt. Eine Entgelttransparenz sei von vielen Unternehmensleitungen schlicht nicht gewollt und werde darum nicht gefördert. In der Tat nahmen bisher recht wenige Beschäftigte dieses Recht in Anspruch. Vor allem Frauen scheuen demnach oft aus Angst vor Nachteilen davor zurück [8].

## **Weitere Beispiele für Frauenunterdrückung**

5. Der internationale Rechtsruck weltweit bringt einen gesellschaftlichen Rollback mit sich, der die Rechte von Frauen und LGBTIAs angreift. Dieser Rechtsruck ist ebenfalls Resultat der Wirtschaftskrise 2008/2009. Sie hat den Konkurrenzdruck zwischen den imperialistischen Staaten sowie die Konzentration und Zentralisation des Kapitals verschärft. Anders gesagt: Kriegerische Auseinandersetzungen wie in Syrien oder der Ukraine nehmen zu ebenso wie größere Fusionen von Monopolkonzernen. Das hat zur Folge, dass ein Teil der herrschenden Klasse im Wettbewerb untergeht oder zumindest Abstiegsängste hat. Dieser Teil, der sich nicht mehr im internationalen Wettbewerb messen kann, fängt an, eine nationalprotektionistische Politik zu fahren mit dem Interesse, dass der bürgerliche Staat seine Stellung verteidigt. Er will also das Rad der Zeit zurückdrehen und internationalen Produktionsketten nationale Abschottung



entgegenzusetzen. Um dies ideologisch zu rechtfertigen, greift er zur rassistischen, populistischen Hetze. Gleichzeitig ist die nationalprotektionistische Politik auch Ursache für den Rollback, denn die Fokussierung auf den Nationalstaat bedeutet gleichzeitig, dass das Ideal der bürgerlichen Familie stärker wiederbelebt werden muss. Diese dient allgemein im Kapitalismus für die ArbeiterInnenklasse als Ort ihrer Reproduktion, der größtenteils von Frauen getragen wird. Da die Rechten den Sozialstaat abbauen, muss diese gestärkt werden und mit ihr die geschlechtliche/n Arbeitsteilung und Stereotype. Das hat weitreichende Folgen: Mit dem Erstarren der Rechten steigt auch die Gewalt an Frauen, die Zahl der Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Das liegt daran, dass die Abstiegsängste nicht nur die KapitalistInnen, sondern auch Teile der ArbeiterInnenklasse treffen. Wie oben schon erwähnt, werden, um Unternehmen Kosten der Krise zu ersparen, auch die Arbeitsbedingungen schlechter sowie die Erwerbslosigkeitszahl größer. Das verschärft die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Wenn die Rechten dann mit ihrer Hetze erfolgreich sind, werden ihre reaktionären Vorstellungen populärer, die zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse führen und Frauen oder auch MigrantInnen im Produktionsprozess abwerten. Dabei sehen die Zahlen schon jetzt nicht gut aus:

Nach wie vor ist Gewalt gegen Frauen an der Tagesordnung, sei es im häuslichen, beruflichen oder privaten Umfeld. Laut einer repräsentativen Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ aus dem Jahre 2004 haben 40 % der Frauen in Deutschland seit ihrem 16. Lebensjahr bereits körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt.

Unterschiedliche Formen der sexuellen Belästigung erlebten sogar 58 % der befragten Frauen. Psychische Gewalt in Form von Einschüchterung, Drohungen, Demütigungen oder gar Psychoterror erlitten 42 %. Die Gewalt gegen Frauen wird dabei überwiegend durch (Ex-)Partner der Frauen im häuslichen Umfeld ausgeübt. Vor allem Trennungs- und Scheidungssituationen sind demnach besonders riskant. Besonders gefährdet in Bezug auf Gewalterfahrungen sind laut der Studie Prostituierte, Frauen in Haft, geflüchtete Frauen sowie Migrantinnen, die deutlich häufiger Opfer von körperlicher/sexueller Gewalt werden [10].

Ein Blick auf die Welt offenbart, dass dies ein globales Problem ist. Die WHO hat 2005 eine Studie veröffentlicht, nach der 40–70 % der Morde an Frauen durch deren männliche Partner verübt wurden. Zusätzlich sind Frauen in einigen Regionen von sogenannten Ehren- oder auch Mitgiftmorden bedroht. Schätzungen der UNO gehen davon aus, dass jährlich circa 5.000 Frauen in 14 Ländern zu Opfern werden [11]. Eine weitere Gewaltform gegen Frauen oder in diesem Fall jungen Mädchen stellt die weibliche Genitalverstümmelung dar. Diese betrifft weltweit ca. 130 Mio. Mädchen/junge Frauen. Schätzungen für das Jahr 2017 gingen in Deutschland von rund 58.000 betroffenen und 13.000 bedrohten Mädchen aus [12].

Ein weiterer Bereich der Frauenunterdrückung und der Einschränkung des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung stellt die Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch dar. Dieses Recht erfährt immer stärkere Angriffe vor allem aufgrund des stärker werdenden Rechtsrucks und des Erstarkens rechtspopulistischer/nationalistischer Parteien wie der AfD in Deutschland oder der PiS (rechtskonservative Partei) in Polen. In ihnen gibt es eine starke Rückbesinnung auf die Rolle der Frau als treusorgende Mutter und Hausfrau, die auch lieber zugunsten der Reproduktionsarbeit die Erwerbstätigkeit aufgibt. Die logische Konsequenz dieser Politik liegt in der immer stärkeren Einschränkung von nationalen Abtreibungsgesetzen und dem erschwerten Zugang zu Abtreibungen. Nicht nur Spanien hat im Jahre 2013 das Abtreibungsgesetz verschärft. Auch in Polen laufen seit langem Versuche, das schon jetzt sehr strikte Abtreibungsgesetz nochmals zu verschärfen und Frauen damit die Möglichkeit zu nehmen, auf legalem Wege eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Bisher scheiterte dies aber an massenhaften Protesten. Aber auch in Deutschland hat die Debatte um Abtreibungsgesetze neuen Aufwind bekommen, nicht zuletzt durch den prominenten Fall der Gießener Ärztin Kristina Hänel und die Diskussion über den § 219a. Sie bemängelt vor allem den schwindenden Zugang zu Abtreibungskliniken oder entsprechenden ÄrztInnen, aber auch die fehlende

Möglichkeit, Betroffene im Vorfeld ausführlich aufzuklären. Denn der obige Paragraph verbietet doch die „Werbung“ für Abtreibungen durch behandelnde ÄrztInnen.

Zum Schluss sei noch kurz auf die Doppelbelastung von Frauen eingegangen, die neben der Erwerbstätigkeit oft die komplette Hausarbeit und Kinderbetreuung übernehmen und sich häufig, quasi nebenbei, um kranke und pflegebedürftige Familienangehörige kümmern. Dies erschwert ihnen oftmals auch die politische und organisatorische Teilhabe. Ganz besonders Alleinerziehende kämpfen oft mit fehlenden und teilweise sehr teuren Betreuungsangeboten und unflexiblen Arbeitszeiten.

## **Kampf für Frauenbefreiung**

6. Wir sehen also, dass Frauen weltweit in vielfältiger Weise diskriminiert, benachteiligt und unterdrückt werden – und dass die kapitalistische Krise, die globale Konkurrenz und der Aufstieg rechter und rassistischer Kräfte dies weiter verschärfen. Aber wie dagegen vorgehen und eine Reproduktion der bestehenden Verhältnisse verhindern? Aus marxistischer Sicht ist die Frauenunterdrückung eng mit dem Patriarchat und dem Bestehen einer kapitalistischen Produktionsweise verknüpft. Genauer gesagt fördert die kapitalistische Entwicklung Frauenunterdrückung und Patriarchat. Daher kann eine vollständige Frauenbefreiung nur in einer

sozialistischen

Gesellschaft, also nach dem Sturz des Kapitalismus, erreicht werden. Die

Frauenbefreiung muss daher mit dem Klassenkampf gebündelt werden. Ein

erfolgreicher Kampf gegen den Kapitalismus kann aber nur mit der Gesamtheit der

ArbeiterInnenklasse geführt werden, damit ein möglichst hoher ökonomischer und

politischer Druck aufgebaut werden kann. Daher ist es wichtig, auch die Männer

für den Kampf zur vollständigen Frauenbefreiung zu gewinnen.

Dabei ist es unerlässlich, den Frauen das Bewusstsein zu vermitteln, dass sie einer spezifischen Unterdrückung unterliegen und das Recht

auf eigenständige Strukturen und Treffen in Organisationen, Parteien, aber auch

Gewerkschaften haben. Zum einen ermöglicht dies ihnen, eigenständig ihre

Interessen vorzubringen und entsprechende Forderungen zu stellen. Zum anderen

wird dadurch eine Vereinnahmung durch andere Teile der ArbeiterInnenklasse

verhindert. Denn auch die fortschrittlichsten Teile der Lohnabhängigen und

Gewerkschaftsmitglieder unterliegen doch dem Einfluss einer sexistischen,

kapitalistischen Gesellschaft. Gesonderte Treffen ermöglichen es zusätzlich,

offen über bestehende Diskriminierungen oder aktuelle Probleme zu sprechen und

Lösungen gemeinsam zu erarbeiten. Frauen sollten neben eigenen Organisationsstrukturen auch eigene Propaganda und Agitation betreiben, mit dem

Ziel weitere Mitstreiterinnen für einen gemeinsamen

internationalen Kampf gegen  
den Kapitalismus und für die vollständige Frauenbefreiung zu  
gewinnen!

Wir als MarxistInnen treten daher für eine internationale  
multi-ethnische, proletarische Frauenbewegung ein mit dem  
Recht auf gesonderte  
Treffen in ArbeiterInnenorganisationen und Gewerkschaften.

Dieser Kampf muss sich auch auf ein Aktionsprogramm stützen,  
um die laufenden Angriffe abzuwehren und eine internationale  
Bewegung  
aufzubauen. An dieser Stelle können wir nur einige Aspekte  
skizzieren und zur  
Diskussion stellen:

- Gleiche Rechte für alle! Die formale rechtliche Gleichheit wurde zwar in vielen Ländern erkämpft, längst jedoch nicht in allen. Weltweit wird MigrantInnen und Flüchtlingen diese verwehrt, was Frauen und LGBTIA-Menschen besonders hart trifft. Wir fordern die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, die volle rechtliche Gleichstellung der Frauen und LGBTIA-Menschen!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Mindestlohn für alle Frauen, um ein Mindesteinkommen zu sichern, das die Reproduktionskosten deckt und ein Leben ohne Abhängigkeit vom (männlichen) Partner erlaubt. Die Höhe soll von der ArbeiterInnenbewegung festgelegt und automatisch der Erhöhung der Lebenshaltungskosten angepasst werden.

- Kostenloser Zugang zu Gesundheitsversorgung, Pflegeeinrichtungen, Krankenvorsorge und gesicherte Renten für alle Frauen! Wir fordern kostenlose und bedarfsorientierte Kinderbetreuung, öffentliche Kantinen und Wäschereien – um eine gesellschaftliche Gleichverteilung der Reproduktionsarbeiten auf alle Geschlechter sicherzustellen.
- Recht auf Scheidung auf Wunsch! Ausbau und Sicherstellung von Schutzräumen für Frauen (wie z. B. Frauenhäuser). Des Weiteren stellen wir die Forderungen nach Abschaffung aller Abtreibungsgesetze auf sowie für kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und das vollständige Recht auf körperliche Selbstbestimmung.
- Kostenlose, kollektive Selbstverteidigungsstrukturen, um es Frauen zu ermöglichen, sich selbst vor Übergriffen zu schützen.
- Um Frauen aufgrund ihrer Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Reproduktionsarbeit eine politische Teilnahme zu erleichtern, treten wir zudem für eine Vergesellschaftung sämtlicher Haushalts-, Sorge- und Reproduktionsarbeiten ein.

## Quellen

[ 1 ]

[https://www.ilo.org/berlin/presseinformationen/WCMS\\_619785/lang-de/index.htm](https://www.ilo.org/berlin/presseinformationen/WCMS_619785/lang-de/index.htm)

[ 2 ]

[https://www.ilo.org/berlin/arbeitsfelder/frauen-in-der-arbeitswelt/WCMS\\_619734/lang-de/index.htm](https://www.ilo.org/berlin/arbeitsfelder/frauen-in-der-arbeitswelt/WCMS_619734/lang-de/index.htm)

[3] Tageszeitung Neues Deutschland, Ausgabe  
17. Januar 2019

[ 4 ]

[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/\\_\\_\\_\\_\\_arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/_____arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/)

[ 5 ]

<https://www.zeit.de/karriere/2014-10/gewerkschaften-mitglieder-weltweit>

[6] <https://www.boeckler.de/107622.htm>

[ 7 ]

<http://agf.blogsport.de/images/MaterialFraueninGewerkschaften.pdf>

[8] Tageszeitung Neues Deutschland, Ausgabe  
19./20. Januar 2019

[ 9 ]

[https://www.haufe.de/personal/arbeitsrecht/lohngleichheit-neue-s-zum-entgelttransparenzgesetz\\_76\\_398490.html](https://www.haufe.de/personal/arbeitsrecht/lohngleichheit-neue-s-zum-entgelttransparenzgesetz_76_398490.html)

[ 10 ]



<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/lebenssituation-sicherheit-und-gesundheit-von-frauen-in-deutschland/80596>

[ 11 ]

<http://www.bpb.de/izpb/8344/situation-der-frauen-und-kinder?p=all>

[ 12 ]

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/weibliche-beschneidung-genitalverstueummelung-muenchen-hilfe-1.4188021>

---

# Unter dem Stacheldraht: EU verschärft Migrationsregime

*Jürgen Roth, Neue Internationale 235, Februar 2019*

Nahezu alle

Teilnehmerstaaten des EU-Gipfels im Juni 2018 wollten hier die Zahlen der nach

Europa kommenden MigrantInnen senken bzw. stärker kontrollieren. Einig waren

sich die EU-Staats- und RegierungschefInnen in der engeren Kooperation mit

„PartnerInnen“ wie dem ägyptischen Al-Sisi-Regime, der Aufrüstung der

Grenzschutzagentur Frontex von 1.500 auf 10.000 Mitarbeiterinnen – Anfang

Dezember 2018 erst einmal von Ende 2020 auf 2027 verschoben – und der Einrichtung „kontrollierter Zentren“, also Massenlagern für MigrantInnen. Der Streit mit den Visegrad-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn, die im Rahmen der Umverteilung innerhalb der EU keine Menschen aufnehmen wollen, schwelt indes weiter. Die angekündigte Reform der Dublin-Verordnung ist ebenfalls gescheitert.

Im Vergleich zu 2015 und 2016 ist die Zahl derjenigen, die es nach Europa schaffen, stark gesunken. Zudem haben sich die Migrationsrouten vom Balkan über Italien nach Spanien verschoben. Ein Grund dafür ist der im März 2016 unterzeichnete EU-Türkei-Deal, ein weiterer seit Juni mit Antritt der neuen italienischen Regierung die Kriminalisierung der privaten Seenotrettung. Im Südosten, so auf den griechischen Inseln und in Nordbosnien, leben immer noch etliche, die 2015 auf der „Balkanroute“ stecken geblieben sind. Gleichzeitig wurde/n in zahlreichen Mitgliedsstaaten der Union das Asylrecht geschliffen und restriktivere Regeln für Eingewanderte eingeführt.

**Salzburger**

# Gipfeltreffen

28

EU-Mitgliedsstaaten trafen sich am 19.9.2018 in Salzburg und debattierten Wege zu einem einheitlichen Asylsystem. Im Mittelpunkt standen Debatten über Flüchtlingsdeals, Lager in Nordafrika, die Behinderung und Ausschaltung der zivilen Seenotrettung. Die österreichische EU-Präsidentschaft erneuerte ihren Vorschlag, Flüchtende außerhalb der EU-Grenzen in „Rückkehrzentren“ festzusetzen und auf europäischem Boden überhaupt keine Asylanträge mehr zu akzeptieren.

Bis Mitte

September 2018 hatten 74.388 Schutzsuchende Europa übers Mittelmeer erreicht, 1.600 kamen dabei zu Tode. Ankünfte gingen zurück, die Todesrate stieg – das Ergebnis rigorosen Vorgehens staatlicher Behörden gegen die zivile Seenotrettung und ihrer Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache. Der Europäische Rat gewährte den libyschen „PartnerInnen“ im Juni 2018 völlige Handlungsfreiheit und forderte, im Mittelmeer verkehrende Schiffe dürften diese nicht stören. In libyschen Flüchtlingslagern hatte sich die Zahl der Schutzsuchenden von März bis Ende Juli von 4.400 auf über 10.000 mehr als

verdoppelt – darunter 2.000 Frauen und Kinder. Folterungen, Vergewaltigungen und Morde sind hier an der Tagesordnung.

## **Reaktionäre Abkommen**

Seit

Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals herrscht Ausnahmezustand auf den

griechischen-Ägäis-Inseln. Allein auf Lesbos saßen ca. 10.000 Flüchtende fest.

60 % der Ankommenden sind Frauen und Kinder, die aufgrund restriktiver

Familiennachzugsregeln wieder auf Schlepperboote zurückverwiesen sind. Von den

55.000 in Libyen beim UNHCR (UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge) Registrierten

wurden zwischen November 2017 und Ende Juli 2018 1.536 nach Niger im Rahmen des

Emergency Transit Mechanism (Notüberführungsmechanismus) evakuiert. Nur 339

Schutzsuchende fanden Aufnahme in Europa und Nordamerika.

Schaffen es

trotz der von der EU vorangetriebenen Pläne zur Schließung der Mittelmeerroute

doch Flüchtlinge nach Europa, gilt das Motto: Festsetzung, Sortierung,

Abschiebung. Das bedeutet Lager, Haft und entweder vermehrte Abschiebung in die

Heimat oder die „Auslagerung“ in Drittstaaten. Die EU-Kommission legte am

28.7.2018 ein Konzept für die Einrichtung von „Kontrollierten Zentren“ innerhalb und „Regionalen Ausschiffungsplattformen“ außerhalb der EU-Grenzen vor. In ersteren sollen gerettete Bootsflüchtlinge bis zu 8 Wochen untergebracht werden, „Asyl-Screening“ und Verteilung stattfinden. Ein Schnellverfahren soll binnen 72 Stunden über Anerkennung, Ablehnung oder Unzulässigkeit der Anträge entscheiden. Letztere unterscheiden sich davon nur dadurch, dass die EU die Verantwortung und die Plattformen auf Nordafrika abwälzt. Die österreichische Hardcorevariante dessen sind „Rückkehrzentren“. Hier sollen alle Asylanträge gestellt werden, in Europa keine mehr. Dort sollen auch alle Personen untergebracht werden, die um Bleiberecht ersuchen bzw. abgewiesene AusländerInnen, die aus in ihrer Person liegenden Gründen (subsidiäre Schutzbedürftigkeit) oder mangels Aufnahmebereitschaft ihrer Herkunftsstaaten nicht wieder in die Heimat geschickt werden können.

Mehr Geld und Einsatzkräfte für Frontex stand ebenfalls in der Brüsseler Vorlage vom 12.9.2018. Hier herrschte einhellige Akzeptanz. Der Beginn dieser Maßnahmen verzögert sich indes (s. o.). Die Verhandlungen über eine umfassende Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS), v. a. die Dublin-IV-Verordnung, verliefen dagegen zäh und erzielten kein Ergebnis. PRO ASYL

hatte die  
GEAS-Vorlage aus dem Jahre 2016 als Orbánisierung der  
europäischen  
Flüchtlingspolitik bezeichnet: kollektive Aushebelung des  
Zugangs zum  
Asylverfahren und Auslagerung der Verantwortung auf  
Drittstaaten v. a.  
Nordafrikas, Unterbindung der Weiterwanderung von  
Asylsuchenden und  
Geflüchteten innerhalb der EU. Die Organisation spricht von  
einem  
Paradigmenwandel im europäischen Flüchtlingsschutz, der das  
individuelle  
Asylrecht in der Union infrage stelle. Dass das EU-Parlament  
am 12.9.2018 mit  
deutlicher Mehrheit für die Einleitung eines Strafverfahrens  
nach Artikel 7 des  
EU-Vertrages gegen Ungarn gestimmt hat, dürfte ein schwacher  
Trost für diese  
Orbánisierungsgegnerin bleiben.

## **Für eine Aktionskonferenz!**

Die  
rassistischen Gesetzesverschärfungen in der EU und der  
Vormarsch rechtsextremer  
Kräfte verdeutlichen die Dringlichkeit des Aufbaus einer  
europaweiten  
anti-rassistischen Bewegung. Nur so können Klassensolidarität  
mit den  
Geflüchteten, der Kampf gegen die Abschottung und  
Militarisierung der  
EU-Außengrenzen sowie gegen Angriffe der RassistInnen, der

KapitalistInnen und  
der Regierung nachhaltig und erfolgreich werden. Wir schlagen  
daher eine  
Aktions- und Strategiekonferenz vor, die folgende Forderungen  
diskutieren  
sollte:

- AfD, Pegida, rassistischen und faschistischen Mobilisierungen entgegentreten! Organisierte Selbstverteidigung und Solidarität gegen rassistische Angriffe!
  - Gegen alle Abschiebungen! Rücknahme aller Verschärfungen der Asylgesetze! Nein zum sog. „Integrationsgesetz“! Keine rassistischen Sondergesetze wie „Burkaverbot“ oder Einschränkung des Nachzugs von Verwandten! Bereitstellung von sicherer Unterbringung (z. B. in Frauenhäusern) für Frauen und sexuell Unterdrückte! Für offene Grenzen! Seenotrettung ist kein Verbrechen – weg mit der Festung Europa!
  - Volle StaatsbürgerInnenrechte für alle Geflüchteten und MigrantInnen! Recht auf Arbeit und Mindestlohn von 12,- Euro netto/Stunde für alle! Öffentliches Wohnungsbauprogramm! Beschlagnahme leerstehender Wohnungen und entschädigungslose Enteignung von ImmobilienspekulantInnen, um Wohnraum für alle zu schaffen! Gewerkschaftliche Organisation der Geflüchteten!
-

# **Marsch der Geflüchteten in Mittelamerika: Solidarität gegen rassistisches US-Grenzregime!**

*Tobi Hansen, Neue International 233, November 2018*

Seit vielen Wochen sind sie unterwegs: Mehr als 7.000 Geflüchtete aus Honduras, Guatemala und El Salvador haben die Flucht gewählt, da sie in „ihrem“ Staat keine Perspektive mehr sehen und sind jetzt in Mexiko gelandet. Es sind Familien, jung und alt haben sich gemeinsam auf den Weg gemacht. Auch dies ist weniger Ausdruck einer politischen Manifestation, sondern vor allem eine objektive Notwendigkeit. Sie flüchten gemeinsam, da sie sich so schützen können vor denjenigen, die an der Flucht verdienen wollen: SchleuserInnen, kriminellen Banden, die viele Geflüchtete für ihre Interessen benutzen wollen (Drogenhandel, Prostitution). Seit vielen Jahren nimmt die Flucht aus den zentralamerikanischen Staaten wie Costa Rica, Honduras, El Salvador und Guatemala zu – Ziel sind die USA. Allein im ersten Halbjahr 2018 haben diese und Mexiko mehr als 37.000 Geflüchtete wieder nach Honduras ausgewiesen – ein Kreislauf aus Flucht, Repression und Abschiebung.

Ihr Zielland, das „land of the free“, hat wegen der Geflüchteten bereits den „Notstand“ ausgerufen. Ca. 7.000 zusätzliche ArmeesoldatInnen sollen gemeinsam mit der Grenzschutzbehörde und der Nationalgarde die texanisch-mexikanische Grenze schützen. Präsident Trump droht täglich mit Gewalt.

## **Rassismus und Verschwörungstheorien**

Die US-Administration sieht in den Geflüchteten eine



„geplante“ Einmischung in die „midterm“-Wahlen am 6. November. Ein Teil der GouverneurInnen und SenatorInnen sowie das Repräsentantenhaus steht zur Zwischenwahl in der Halbzeit der Amtsperiode der/des PräsidentIn. Daher soll angeblich eine Allianz, die von der Regierung Venezuelas bis zum Milliardär Soros reicht, den Treck finanzieren und „linke Gangs“ und Kriminelle in die USA einzuschleusen beabsichtigen. Trump spekuliert bereits über die Kosten der Internierungslager, die gebaut werden müssten (höchstwahrscheinlich von sog. Hispanics). Deswegen kündigt der Immobilienspekulant „nette Zelte“ als Unterkunft an und wiederholt, er sei bereit, Waffengewalt einzusetzen.

Die katholische Kirche in Honduras, welche wie viele in Mittelamerika sich um die Armen vor Gott zu kümmern hat, deshalb vielleicht für die US-Administration auch zur „linken Verschwörung“ gehört, brachte die oft genannten Fluchtursachen ganz pragmatisch auf den Punkt: „...dass die massiven Fluchtbewegungen das Ergebnis einer seit Jahren anhaltenden Krise im Land und der ‚schlechten Regierungsführung‘ seien, die sich in ‚Armut, Ungleichheit und fehlenden Möglichkeiten‘ äußert und nun in einer ‚menschlichen Tragödie‘ mündete.“ (Zitiert nach: <https://amerika21.de/2018/10/215958/honduras-demonstration-fuer-fluechtende>)

Die hier erwähnte schlechte Regierung unter Präsident Juan Orlando Hernández ist auch Tippgeberin, was die Hintergründe der Geflüchteten angeht. Diese sagt brav dem US-Imperialismus, was dieser hören will. Andererseits haben Honduras wie auch die angrenzenden Staaten bereits US-Finanzhilfen gekürzt bekommen, weil die Flüchtlinge nicht vor Ort gestoppt wurden. Diesen Druck erhöht die US-Administration jetzt auf Mexiko. Der noch amtierende Präsident Nieto (Obrador regiert ab dem 1.12.) offerierte jetzt, dass die Geflüchteten dort Asyl beantragen könnten, speziell „Frauen und Kinder“ würden bevorzugt behandelt. Bis auf wenige Hundert haben die Geflüchteten das abgelehnt. Sie wollen für ihr Recht auf ein

besseres Leben ihren Marsch fortsetzen. In den Interviews stellen besonders die HonduranerInnen die schlechten Lebensbedingungen heraus, die sie zur Flucht bewegten.

Honduras galt lange als eine der „Bananenrepubliken“ des US-Imperialismus. Die entsprechenden Monopolkonzerne sind auch weiterhin die größten Großgrundbesitzer im Staat, wie auch die Landwirtschaft weiterhin 15 % des BIP erwirtschaftet, hauptsächlich über die Exportgüter Kaffee, Bananen und Tropenhölzer. Die Nationalökonomie ist abhängig von den Überweisungen der „ExilhonduranerInnen“, knapp 4 Mrd. US-Dollar kommen so jährlich in ein Land mit einem BIP von 23 Mrd. US-Dollar (2017). Alle ökonomischen Sektoren werden letztlich vom US-Imperialismus dominiert, so auch die Textilindustrie in Küstennähe oder Dienstleistungszentren der US-Konzerne für Mittelamerika. Gleichzeitig gab es in Honduras nie eine „Landreform“. Das fehlende Ackerland treibt die Bauern/Bäuerinnen in die Städte. Dort landen sie zumeist in den Slums, je nach Schätzung gelten 70-80 % der Bevölkerung als akut arm.

Auch Wikipedia muss zur sozialen Lage Folgendes konstatieren: „Mehr als die Hälfte der Einwohner lebt unterhalb der Armutsgrenze, ein Fünftel sind Analphabeten. Unter- und Fehlernährung sind weit verbreitet. Die medizinische Versorgung auf dem Land ist miserabel.“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Honduras>)

In Interviews mit den Geflüchteten sagten viele: „Wir wollen Jobs, wir wollen Land und Brot“, eine Perspektive für die Kinder, die sie in Honduras nicht bekommen, in den USA aber dank besserer Jobs und Löhne zu erhalten hoffen. Dort gehören sie dann zur Gruppe der „Hispanics“, welche größtenteils in der Land-, Bauwirtschaft und den „einfachen“ Dienstleistungen ausgebeutet wird und als Niedriglohnprekariat täglicher Diskriminierung und Rassismus ausliefert ist. Ebenfalls sind sie dort den rassistischen Banden außerhalb des Weißen Hauses ausgesetzt. Viele von diesen paramilitärisch Organisierten

wollen jetzt den Grenzschutz in die eigenen Hände nehmen.

## **Der Kampf gegen Rassismus und für offene Grenzen**

Diese Situation zeigt deutlich, wie wichtig der Kampf für offene Grenzen, für Bewegungsfreiheit der Geflüchteten ist. Steht die internationale ArbeiterInnenbewegung im Abseits bei dieser Frage, bezieht sie sich positiv auf die „Relikte“ nationalstaatlicher Ordnung, dann verweigern wir die Solidarität gegenüber den Geflüchteten! Wenn selbst alle bürgerlichen Medien die Zusammenhänge zwischen Marktbeherrschung und dortiger Fluchtbewegung herstellen können, dass nämlich jede Produkt der imperialistischen Dominanz ist, dann müssen auch die ArbeiterInnenorganisationen sich aktiv in den Kampf gegen die rassistischen Grenzregime einbringen.

Wir dürfen den Trumps, Salvinis, dem gesamten rassistischem und nationalistischem Abschaum nicht den Umgang mit den Flüchtenden überlassen. Diese werden sie letztlich genau wie die israelische Besatzung im Gaza-Streifen sehenden Auges an den Grenzen sterben lassen bzw. den Schießbefehl geben. Während die Ökonomie der imperialistischen Staaten die Halbkolonien der Welt ausbluten lässt, werden die MigrantInnen, die keine Perspektive in ihren Staaten besitzen, zum Opfer des Rechtsrucks, des staatlichen Rassismus an den Grenzen.

Für die Geflüchteten muss es jetzt um eine politische Perspektive ihres Protestes, ihres Recht auf Bewegungsfreiheit gehen. Dafür brauchen sie die Unterstützung der mexikanischen und der US-amerikanischen ArbeiterInnenbewegung.

Gerade wenn ein US-Präsident eine Mauer an der Grenze errichten will, steht dieser Flüchtlingstreck für den Kampf gegen imperialistische Willkür. Wenn die US-Konzerne im Hinterhof Lateinamerika die Lebensbedingungen von Millionen

ruinieren, dann ist es deren Recht, diese Staaten zu verlassen. Dafür brauchen sie die internationale Solidarität.

Vor Ort wäre es wichtig, dass eben die mexikanische Gewerkschaftsbewegung, die Studierenden, die Widerständigen aus Oaxaca und Chiapas die Geflüchteten nicht allein zur waffenstarrenden Grenze laufen lassen, sondern diesen Marsch unterstützen und mit Zehn-, Hunderttausenden zur Grenze ziehen.

## **Trump stoppen**

Es darf nicht zugelassen werden, dass die Geflüchteten interniert, sie den Grausamkeiten bis zum Tod ausgeliefert werden. Dazu wäre eine Mobilisierung auf der „anderen“ Seite der Grenze hilfreich gegen die paramilitärischen Milizen einerseits, aber auch für das Recht der Geflüchteten einzureisen, wie es laut der Freiheitsstatue ja vor allen den Ärmsten der Armen gestattet sein soll. Eine Massenmobilisierung, eine Menschenmauer des Willkommens für die verarmten Klassengeschwister aus Mittelamerika wäre dazu nötig, um sie vor Trumps Truppen und den Paramilitärs zu schützen! Jene Städte, die bisher Geflüchteten Schutz boten (sanctuary cities) und die Umsetzung der Politik Trump verweigerten, könnten dafür ein guter Ausgangspunkt sein- und müssten zugleich gegen drohende Repression durch die US-Regierung verteidigt werden.

Darüber hinaus muss die US-amerikanische ArbeiterInnenbewegung politische Demonstrationen und Streiks gegen das Grenzregime „ihrer“ Regierung, für volle Staatsbürgerrechte aller im Lande Lebenden und gegen alle Einwanderungsbeschränkungen durchführen. Die Verlegung von Truppen und Nachschub an die Grenze zu Mexiko muss blockiert und boykottiert werden.

Es handelt sich um einen Marsch, einen Exodus der Verzweiflung an der Willkür des Imperialismus, gegen seine Grenzen, seinen Rassismus – als solchen müssen wir auch den Kampf für offene

Grenzen verstehen und führen, sei es im Mittelmeer oder an der US-amerikanischen Grenze!

---

# Aufstehen, weggehen, sitzen bleiben?

*Tobi Hansen, Infomail 1019, 11. September 2018*

Auf einer Pressekonferenz am 4. September stellte sich die [„Aufstehen“](#) erstmals „offiziell“ der Öffentlichkeit vor und präsentierte ihr Selbstverständnis. Die versammelte bürgerliche Presse, welche seit Monaten über eine mögliche „Wagenknecht“-Partei und deren hohe Umfragewerte spekuliert, durfte nun vier ProtagonistInnen Fragen stellen. Mehr als 100.000 Menschen haben sich per Newsletter bei „Aufstehen“ angemeldet. Ob als Mitglieder, UnterstützerInnen oder einfach, um Informationen der „Bewegung“ zu beziehen, ist wohl auch diesen unklar. Jedenfalls wurden sie nicht in Berlin versammelt, um über die politischen Grundlagen von „Aufstehen“ zu diskutieren, die angeblich „von unten“ kommen sollen.

## Verkündung per Pressekonferenz

Stattdessen erklärte Frontfrau Wagenknecht, dass die „soziale Frage“ im Mittelpunkt stehen würde. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass wir „unser“ Land in „5-10 Jahren nicht mehr wiedererkennen“. Der Grüne Ludger Volmer, unter Schröder und Fischer Staatsminister im Auswärtigen Amt und heute Kuratoriumsmitglied beim „Institut Solidarische Moderne“, erklärte, warum er an der Regierung noch den Jugoslawienkrieg unterstützt habe, heute aber für eine andere Friedenspolitik eintreten wolle. Der Berliner Dramaturg Stegemann verspricht

sich von „Aufstehen“ irgendwie mehr Bürgernähe als Alternative zu „Themenvampirismus und Gefühlsanästhesie“ in der Politik, die oft genug große Sprüche klopfe und nichts halte (Neues Deutschland, 5.9.18). Ob die Rhetorik dabei hilft, werden wir sehen. Als vierte Vertreterin von „Aufstehen“ sprach noch Simone Lange, Oberbürgermeisterin aus Flensburg und Gegenkandidatin von Andrea Nahles beim letzten SPD-Parteitag. Sie erscheint noch vergleichsweise glaubwürdig, wenn sie erklärt, dass sie die SPD nach „links“ rücken und für eine rot-rot-grüne Koalition eintreten wolle.

Vorgestellt wurde ein Gründungsaufwurf, der zwei wesentliche Ziele enthält. Zum einen soll uns wieder das Ziel einer „reformierbaren und gerechten“ sozialen Marktwirtschaft schmackhaft gemacht werden. Mit etwas Steuererhöhung für die Reichen, etwas Umverteilung, mehr Jobsicherheit und weniger Privatisierungen soll der Kapitalismus wieder einmal gezähmt werden. So und durch „außerparlamentarischen Druck“ sollen die etablierten „linken“ Parteien von „Aufstehen“ in Richtung Rot-Rot-Grün gedrückt werden.

Die Erfolgsaussichten dürften dabei kurzfristig zweifelhaft sein. SPD und Grüne sind bei „Aufstehen“ mehr schlecht als recht repräsentiert, die Grünen überhaupt nur mit politischen Auslaufmodellen wie den Vol(l)mern, die wirklich niemand vermisst.

Hinzu kommt außerdem, dass „Aufstehen“ nicht nur ein „Vereinigungsprojekt“, sondern vor allem einen direkten Angriff auf die Linkspartei bzw. deren aktuelle politische Ausrichtung von rechts darstellt. Und das in zwei zentralen Punkten: erstens in der Anpassung an die Bundesregierung und die Rechts-PopulistInnen in der Frage der Migration. Statt Kampf gegen den Rassismus und Rechtsruck, statt Kampf gegen alle Abschiebungen, für offene Grenzen und volle StaatsbürgerInnenrechte schwadroniert „Aufbruch“ von einer angeblich „grenzenlosen Willkommenskultur“, der es ebenso entgegentreten gelte wie dem Rechtspopulismus. Kein Wunder,

dass sich AfD-Chef Gauland positiv über die Neugründung äußert. [Marx 21](#) beschreibt die Auswirkungen auf die Linkspartei durchaus zutreffend:

*„Das Lager um Wagenknecht organisiert einerseits von außerhalb Druck auf die Linke durch die Sammlungsbewegung und andererseits einen Strömungskampf innerhalb der Partei, um ihre Positionen und Akteure durchzusetzen. So erklärte Wagenknecht selbst: ‚Wenn der Druck groß ist, werden die Parteien, auch im Eigeninteresse, ihre Listen für unsere Ideen und Mitstreiter öffnen‘“.*

## **Realismus?**

Die „Aufstehen“-InitiatorInnen wollen eine „mehrheitsfähige“ und „realistische“ Politik. Manches in der Linkspartei scheint ihnen noch „zu links“ bzw. nicht geeignet, um mit SPD und Grünen auf Bundesebene zu koalieren. Dass die Führungen von SPD und Grünen das Projekt angreifen, ist nicht verwunderlich. Fragwürdiger ist jedoch die Vorstellung, dass manche in der SPD glauben, dieses Projekt sei wirklich „links“. Wagenknechts sozialchauvinistische Position haben wir unter anderem im Artikel [„Linkspartei und Migration – Status quo oder sozialistische Politik?“](#) behandelt.

Wagenknecht, Lafontaine & Co. wollen die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung Rot-Rot-Grün drehen, die Linkspartei noch stärker auf diesen Kurs zwingen, als es jede aktuelle Landesregierung in Ostdeutschland ohnedies schon tut. Dafür eignen sich besonders folgende Punkte aus dem [„Aufstehen“-Gründungsaufruf](#):

*„Eine neue Friedenspolitik: Deutschland und Europa müssen unabhängiger von den USA werden. Abrüstung, Entspannung, friedlichen Interessenausgleich und zivile Konfliktverhütung fördern statt Soldaten in mörderische Kriege um Rohstoffe und Macht schicken. Die Bundeswehr als Verteidigungsarmee in eine Europaische Sicherheitsgemeinschaft einbinden, die Ost*

*und West umfasst.*

*Sicherheit im Alltag: mehr Personal und bessere Ausstattung von Polizei, Justiz und sozialer Arbeit; ein Strafrecht für Unternehmen statt Kapitulation des Rechtsstaats.“*

Die Aufrufenden unterstützen offen den Aufbau einer europäischen Armee, wenn auch nur zur „Verteidigung“. Der EU wird – bei aller Kritik an ihrer aktuellen „marktradikalen Ausrichtung“ – unterstellt, dass sie ebenso wie der deutsche Imperialismus zu einem Hort von Frieden, Stabilität und sozialen Ausgleich in einer Welt werden könne, in der sich die Widersprüche zwischen den Klassen und zwischen den Mächten unwillkürlich mehr und mehr zuspitzen.

Das Programm ist offenkundig darauf bedacht, den EU-Militarismus als Ausdruck wachsender „Unabhängigkeit“ vom eigentlichen Übel der Welt, den USA, zu rechtfertigen. Damit steht freilich auch jede Kritik an Auslandsinterventionen, an der „Verteidigung“ Europas durch deutsche oder europäische Verbände auf tönernen Füßen. Das macht „Aufstehen“ nicht nur kompatibel mit einer rot-rot-grünen „Friedenspolitik“, sondern auch mit der Formierung eines europäischen Blocks unter deutscher Führung, der nur „sozialpartnerschaftlicher“ ausgestaltet werden müsste.

Dass „soziale Arbeit“ unter der Überschrift „Sicherheit“ angeführt wird, ist an sich schon eine Erwähnung wert. Dass es bei der besseren Ausstattung der Polizei vor allem um Mittel zur Bekämpfung von außerparlamentarischem Widerstand gehen dürfte, ist auch klar. Mit der Formulierung lässt sich auch jede verbesserte Ausstattung der Bundeswehr legitimieren. Auch hier wird – jedenfalls gegenüber dem Programm der Linkspartei – ein weiterer Schritt nach rechts vollzogen.

„Aufstehen“ bricht aber auch an einem weiteren Punkt mit der Linkspartei. Die soziale Basis der Partei bildet die Klasse der Lohnabhängigen. Ähnlich wie die SPD ist sie eine



bürgerliche ArbeiterInnenpartei, also eine Partei, die auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung steht und diese verteidigt, aber über ihre Geschichte, Mitglieder, Verbindungen zu Massenorganisationen, vor allem auch über die Gewerkschaften in der ArbeiterInnenklasse organisch verankert ist.

Dieses Verbindungsglied kommt bei Wagenknecht & Co. nicht vor. Sie versuchen, „Aufstehen“ nicht einmal als reformistische, verbürgerliche Form einer ArbeiterInnenorganisation zu präsentieren, sondern inszenieren sie als „BürgerInnenbewegung“. Dem Rechtspopulismus stellen sie einen Linkspopulismus entgegen. Die zunehmenden Risse in der Gesellschaft sollen gekittet werden durch soziale Marktwirtschaft und „echte“ Demokratie. Das Subjekt der Veränderung sind „die BürgerInnen“, „die Menschen“ unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit. Implizit wird dem „Volk“ die Elite gegenübergestellt. Nicht der Kapitalismus ist das Übel, sondern nur das Finanzkapital, das „gezügelt“ werden müsse.

Wie viele populistische Formationen gibt sich „Aufstehen“ dabei als demokratischer als die etablierten Parteien. In Wirklichkeit ist es jedoch nur plebiszitärer. Lanciert wird der Verein, der bisher vor allem über eine professionelle Medienpräsenz verfügt, ohne jegliche nennenswerte Mitsprache der „Basis“. Aktionen, Kongresse und Mitmachmöglichkeiten werden zwar angekündigt, bislang erstrecken sich diese jedoch darauf, dass die „Basis“, also jene, die sich per Mausklick wo auch immer eingetragen haben, einen Newsletter erhält und weitere „AnhängerInnen“ werben soll. Die „demokratische“ Bewegung bleibt so selbst hinter der verknöcherten formalen Demokratie der bürgerlichen Parteien zurück.

Wie weiter für die Linkspartei?

Mit Wagenknecht/Lafontaine und Kipping/Riexinger bekämpfen sich de facto zwei staatstragende Flügel in der Linkspartei (<http://arbeiterinnenmacht.de/2018/06/18/linkspartei-nach-leipzig-siegerinnen-sehen-anders-aus/>), wobei die Linie um

Wagenknecht zweifellos den rechtesten Teil der Partei darstellt. Es ist auch kein Zufall, dass sich der Parteirechte Bartsch gegenüber der „Aufstehen“-Gründung vergleichsweise wohlwollend zeigte. Das Problem der Linken in der Linkspartei besteht jedoch darin, dass sie selbst zu einer unkritischen Unterstützung der aktuellen Führung der Partei tendieren.

So verhalten sich zentristische Linke wie marx21, SAV und die ISO zu den aktuellen Kampagnen der Partei, z. B. Pflegevolksbegehren, unkritisch und präsentieren das aktuelle Erfurter Programm als sozialistisch oder wenigstens einen „Schritt nach links“, obwohl sie es besser wissen müssten. Zwar verweist die SAV in ihrem Statement zur „Aufstehen“-Gründung auf die sog. „Geburtsfehler“ der Linkspartei, z. B. dass diese eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einschließt bzw. überhaupt die Regierungsbeteiligung als Ziel ausgibt. Doch die Kritik bleibt letztlich oberflächlich, weil die strategische Ausrichtung auf die Bildung „linker“ bürgerlicher Regierungen als Betriebsunfall erscheint und nicht als notwendige Zielsetzung jeder reformistischen Partei kritisiert wird. In Wirklichkeit muss nämlich jede Partei, die die proletarische Machtergreifung, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Rätewahl ablehnt, zur Verwirklichung ihres Reformprogramms danach trachten, die Regierungsmacht zu erringen (oder sie ist gezwungen, bis in alle Ewigkeit Opposition zu bleiben).

Es ist daher nur folgerichtig, dass jede ostdeutsche Landesregierung mit Beteiligung der Linkspartei akzeptiert wird. Sicherlich fiel auch manchen Linken auf, dass die Wahlkämpfe im Osten kaum geeignet waren, das „antikapitalistische“ Profil zu stärken, geschweige denn Protest gegen die herrschende Politik einzusammeln. Auch ist sicherlich aufgefallen, dass die Spitzen der dortigen RegierungsgenossInnen wie Ramelow oder Golze inzwischen auch öffentlich Koalitionen mit der CDU nicht ausschließen wollen, dass Landesregierungen Geflüchtete abschieben oder der

Thüringer Ministerpräsident den Einstieg in die Privatisierung der Autobahnen im Bundesrat durchwinkt.

Diese Praxis der Linkspartei hat dazu geführt, dass sie bei den letzten Bundestagswahlen 420.000 Stimmen an die AfD verlor, darunter speziell im Osten viele ArbeiterInnen und Arbeitslose. Dies war auch schon der Fall, als die Linkspartei nach 9 Jahren Regierungsbeteiligung in Berlin die Hälfte ihrer Stimmen verlor. Damals diskutierte niemand über „offene Grenzen“ und es gab noch keine AfD. Zweifellos wirkt der Rechtsruck der Gesellschaft auch auf die Linkspartei. Aber zugleich wird die Frage um die Verluste unter den ArbeiterInnen und Arbeitslosen auch in Form einer „Schattendiskussion“ geführt, die davon ablenken soll, dass die Regierungspolitik der Partei Hunderttausende vor den Kopf gestoßen hat. Dies sorgt für eine gelähmte Partei, eine Organisation, die derzeit eigentlich nicht einmal den Mindestansprüchen einer links-reformistischen Partei genügt.

Wäre der Riexinger/Kipping-Vorstand tatsächlich daran interessiert, die Linke als „Bewegungspartei“ zu organisieren und antikapitalistische oder kämpferische Aspekte ihres Programms zu verteidigen, dann müsste anders gegen „Aufstehen“ vorgegangen werden. Die Führung der Linkspartei hofft aber vor allem darauf, dass das Konkurrenzprojekt einfach scheitert. Eine politische Auseinandersetzung wird nicht geführt, obwohl das Projekt von Wagenknecht, sollte es erfolgreich sein, leicht zu einer Spaltung der Partei führen kann. Gerade diese Gefahr bewirkt aber eine Vogel-Strauß-Politik des Vorstandes. Darin liegt zweifellos auch eine gewisse Logik, weil eine offene Auseinandersetzung um das Programm und die populistischen Grundlagen von „Aufstehen“ unwillkürlich eine kontroverse Diskussion über Theorie und Praxis, Regierungshandeln wie Oppositionsrolle der Partei mit sich bringen würde – eine Diskussion, der alle Flügel lieber aus dem Wege gehen.

Für die „Aufstehen“-Gruppierung, für den Parteivorstand und

erst recht für die RegierungssozialistInnen besteht die „Lösung“ des Problems aktuell darin, dass alle „ihr Projekt“ wie bisher verfolgen und so tun, als hätte sich nichts geändert.

Für die Linkspartei als solche ist das fatal. Ihre Krise setzte sich fort – unterschwellig und in Form einer Paralyse. In dieser Situation müssten die Linken in der Partei, die eine sozialistische Politik machen wollen, auf zwei Ebenen die politische Initiative ergreifen.

Erstens müssten sie von der Linkspartei einfordern, was deren Führung – wenigstens in Worten – verspricht: Zusammenführen von Kämpfen und Bewegungen gegen die Regierung, gegen Angriffe des Kapitals (Mieten, Privatisierungen, Prekarisierung, ...) und gegen den Rechtsruck. Sie müssten z. B. den Aufbau einer antifaschistischen und antirassistischen Einheitsfront fordern und für organisierten Selbstschutz eintreten.

Davon ist nicht nur die Partei insgesamt weit entfernt, sondern auch die „marxistischen“ und „sozialistischen“ Kräfte bleiben erschreckend defensiv. Stattdessen hoffen sie, dass die Mobilisierungen und die „breiten“ Bündnisse, in denen die Linkspartei schon aktiv ist, für sie das Problem der politischen Ausrichtung der Kämpfe lösen werden. So verzichten sie auf eigene Vorschläge oder präsentieren sie in einer Art und Weise, die vor allem darauf berechnet ist, Gefallen bei der Vorstandsmehrheit zu finden und nicht anzuecken. Daher findet die Forderung nach organisierter Selbstverteidigung gegen den Faschismus bei den Linken in der Linkspartei kaum oder gar keine Erwähnung.

Zweitens müssten die Linken in der Linkspartei nicht nur „RegierungssozialistInnen“ und PopulistInnen kritisieren, sie müssten auch die reformistischen Grundlagen und den bürgerlichen Charakter der Partei offen benennen. Nur so kann ein Kampf für ein revolutionäres Programm, die Sammlung revolutionärer Kräfte und damit der politische Bruch mit den

ReformistInnen begründet werden. Dass die Linken in der Linkspartei davor zurückscheuen, ist leider kein Zufall. Ihre falsche, beschönigende Einschätzung der Partei und ihres Programms stellt eine Ursache für ihren Opportunismus dar. Zum zweiten fürchten sie, dass sie sich mit einem revolutionären Programm in der Partei „isolieren“ würden, dass sie damit nur eine kleine Minderheit ansprechen könnten. Wir wollen dem gar nicht widersprechen. Es verdeutlicht jedoch, wie weit die Linkspartei von einer „revolutionären“ oder antikapitalistischen Organisation entfernt ist. Der freiwillige Verzicht der „Linken“ auf die Ausarbeitung einer politischen Alternative und eines konsequenten revolutionären Programms entpuppt sich in Wirklichkeit nicht als geschickte Taktik, sondern als ein zentraler Teil des Problems.

---

## **Seebrücke-Demonstration in Berlin: Baut Brücken, keine Mauern**

*Jürgen Roth, Infomail 1017, 3. September 2018*

Unter diesem Motto einer europäischen Initiative zur Seenotrettung zogen am Sonntag, dem 2. September, mehrere Tausend Menschen durch die Straßen Berlins, Hamburgs und anderer Städte. In Berlin waren es 2.500, die vom Molkenmarkt beim Roten Rathaus zum Brandenburger Tor aufbrachen. In Hamburg lief der Zug mit 16.000 TeilnehmerInnen von den Landungsbrücken über das Stadion des FC St. Pauli am Millerntor, wo sich viele Fußballfans anschlossen, zum Rathaus.

RednerInnen forderten die Senate auf, für sichere Fluchtwege

nach Europa zu sorgen, offensiv Geflüchtete aufzunehmen und so einen „sicheren Hafen“ für diese darzustellen.

Mit Ausnahme der SAV, des „Funken“ und der Gruppe ArbeiterInnenmacht waren in Berlin leider keine VertreterInnen der radikalen Linken zu sehen. DIE LINKE „glänzte“ durch weniger als eine Handvoll Fahnen. SPD und Gewerkschaften wurden erst gar nicht gesichtet.

Dabei sollte es doch eigentlich selbstverständlich sein, solche humanitären Initiativen zu unterstützen, auch wenn dies kein Ersatz für den politischen Kampf gegen Rassismus und Flüchtlingselend sein kann. Und wie wollen wir denn mit unserer Propaganda für dieses Anliegen größere Menschenmassen erreichen, wenn wir solchen Ereignissen den Rücken kehren?

So war die Demonstration in Berlin nur halb so groß wie die vergleichbare Anfang Juli des Jahres, doch der Rechtsruck in Europa, v. a. die jüngsten Ereignisse in Chemnitz, fanden eine viel deutlichere und ablehnende Ansprache als vor 2 Monaten. Das Thema der zunehmenden sozialen Spaltung zwischen Unten und Oben zog sich wie ein roter Faden durch mehrere Redebeiträge, die auf den Zusammenhang zwischen dieser und dem Rechtsruck hinwiesen. Ebenso deutlich wurde die AfD bezichtigt, den neoliberalen Verelendungskurs der Regierung für ihre rassistische und sexistische Demagogie auszunutzen und die FaschistInnen hoffähig zu machen. Antifaschistische kämpferische Parolen wurden lauthals skandiert. Ein Redner auf der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor meinte, die Linke und die „Mitte“, als deren Angehöriger er sich verstand, müsse viel radikaler als bisher gegen AfD und die offen braune Brut vorgehen. Dies zeigt, dass sich radikale Schlussfolgerungen selbst in diesen Kreisen der „anständigen“ bürgerlichen DemokratInnen oder ReformistInnen aufdrängen können kann. Wir müssen ihnen aufzeigen, dass ihr moralisches Anliegen am besten in einer ArbeiterInneneinheitsfront aufgehoben ist. Deren Zustandekommen kann beweisen, dass nur die Klasse der Lohnabhängigen über das ausreichende nötige Kampfpotenzial

gegen Rassismus und Faschismus verfügt (Streiks, Massenselbstschutz), dass es einzig und allein in ihrem objektiven Klasseninteresse liegt, nicht nur für die volle staatsbürgerliche, sondern auch soziale Gleichstellung der MigrantInnen, Flüchtenden und anderen MitbürgerInnen nichtdeutscher Nationalität einzutreten. Damit ist sie die einzige Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft, die die Axt an die Wurzeln des Rechtsrucks legen und auch den „ehrlichen“ MittelschichtsdemokratInnen eine radikale Perspektive bieten kann. Dass auch in diesen Schichten nach mehr praktischem Engagement gegen den Rechtsruck gerufen wird – das sollten wir nicht ignorieren!

---

## **Rassismus bekämpfen – europaweit!**

*Robert Teller, Neue Internationale 231, September 2018*

Der Rechtsruck bestimmt in Europa den öffentlichen Diskurs und die politische Realität. Vor wenigen Jahren galt es noch als moralischer Makel, dass Tausende im Mittelmeer vor den Toren des „zivilisierten“ Europa den Tod fanden. Heute gilt deren Rettung auf See nicht nur als unmoralisch, sondern als kriminell. Die Weigerung der italienischen und maltesischen Regierungen, Schiffe mit aus Seenot Geretteten einlaufen zu lassen, behördliche Maßnahmen der Flaggenstaaten gegen die Schiffe wie im Fall der „Aquarius“ und das Strafverfahren gegen den Kapitän der „Lifeline“ Claus-Peter Reisch sollen nicht nur die private Seenotrettung unterbinden, sie sollen auch den MigrantInnen vor Augen führen, dass ihr Leben in Europa nichts bedeutet und ihre Flucht übers Mittelmeer aussichtslos ist.

Allein im Juni 2018 starben laut der mit der UNO eng verbundenen Organisation IOM (Internationale Organisation für Migration) mindestens 629 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Obwohl weniger Menschen als früher die Überfahrt wagen, ist der Sommer 2018 der bislang tödlichste im Mittelmeer. Das ist auch eine direkte Folge dessen, dass Seenotrettungs-NGOs durch behördliche Schikanen zeitweise nicht einsatzfähig waren, weil ihre Schiffe in Häfen festlagen oder – wie im Falle der „Lifeline“ und der „Aquarius“ – auf der Suche nach einem Hafen durchs Mittelmeer irrten. Die italienische Regierung beabsichtigt, unter Bruch internationalen Rechts Schiffbrüchige an die libysche Küstenwache zu übergeben. Diese interniert die Aufgegriffenen in Gefangenenlagern, wo Krankheiten, Folter und Tod an der Tagesordnung sind.

Das Massensterben im und um das Mittelmeer ist ein Teil der transkontinentalen „Kraftanstrengung“ der europäischen Regierungen, den „Flüchtlingsstrom“ zu stoppen. Während im Nahen Osten und südlich der Sahara ganze Regionen militärisch durch imperialistische Konflikte oder wirtschaftlich durch die Gesetze des Weltmarkts verwüstet werden, wollen hierzulande die ImperialistInnen selbst bestimmen, für wie viele der von ihnen Ruinierten sich die Tür nach Europa öffnet. Der grassierende Rassismus und die Abschottung Europas ist aber nicht einfach nur ein Problem mangelnder Menschlichkeit. Er ist vor allem eine Konsequenz der allgemeinen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und des Versagens der ArbeiterInnenbewegung und der Linken, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

In Italien, Polen, Österreich und Ungarn sind rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt. In ganz Europa befinden sie sich im Aufschwung. Der Rechtsruck in Italien wird seit Anfang des Jahres begleitet von einer Welle teils tödlicher rassistischer Gewalttaten gegen MigrantInnen. Matteo Salvini möchte 500.000 „illegale“



MigrantInnen abschieben. Ganz Europa sieht sich scheinbar bedroht von einer Migrationswelle, auf die mit Gesetzesverschärfungen, neuen Schikanen und Fluchthindernissen sowie Aufrüstung des Polizeiapparats reagiert wird.

## **Rassistische Gesetzesverschärfungen in Deutschland**

Nach dem Beinahe-Bruch der Unionsparteien im Juni am „Asylstreit“ folgt nun die Umsetzung des Beschlossenen. An der deutsch-österreichischen Grenze werden in Zukunft Menschen zurückgeschickt, für die nach den Dublin-Regeln andere Länder zuständig sind. Auch wenn der „Asylstreit“ stellenweise wie ein Stück aus dem Tollhaus wirkt, so hat die neue bayerische Grenzpolizei innerhalb des ersten Monats nach ihrer Aufstellung genau eine Person an der Grenze abweisen können. Somit ist der reaktionäre Charakter der beschlossenen Maßnahmen ebenso klar wie deren ganz realen Auswirkungen für MigrantInnen. Die Errichtung der lange diskutierten „Transitzentren“ hat den Sinn und Zweck, ein Kasernierungssystem für Flüchtlinge zu schaffen, in welchem in Schnellverfahren und mit eingeschränkten Rechtsschutzmöglichkeiten über Asylanträge entschieden wird. Die Transitzentren verfolgen auch den Zweck, die Segregation der „Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive“ – d. h. der Unerwünschten – zu verschärfen, um dem „Problem“ zu begegnen, dass die Integration der MigrantInnen in die hiesige Gesellschaft oftmals rechtliche oder faktische Abschiebungshindernisse schafft. Letztlich zeigen auch die bekanntgewordenen Fälle rechtswidriger Abschiebungen nach Afghanistan und Tunesien, wohin die Reise gehen soll: Der bürgerliche Staat erträgt es nicht, dass jede/r – unabhängig von ihrer/seiner Herkunft – Anspruch auf rechtliches Gehör haben soll. Im Zweifelsfall werden dann einfach Fakten geschaffen.

Gegenüber dem Beschluss im „Asylkompromiss“ gehen Seehofers

Vorstellungen im „Masterplan Migration“ noch weiter: Er sieht u. a. vor, dass in Zukunft laufende Rechtsmittelverfahren nicht mehr unbedingt ein Hinderungsgrund für Abschiebungen darstellen sollen, der Rechtsschutz damit zur Farce wird. Beschleunigte Asylverfahren sollen ausgeweitet werden. Bei ausbleibender Mitwirkung, fehlenden Papieren usw. sollen auch Widerrufsverfahren automatisch zum Nachteil der Betroffenen entschieden werden. Neben weiteren Ländern soll u. a. Algerien als „sicheres Herkunftsland“ eingestuft werden, wo die Regierung regelmäßig Flüchtlinge nahe der Grenze zum Niger in der Sahara zur Rückkehr per Fußmarsch absetzt. Zudem fordert Seehofer, einen weiteren rechtlichen Status für Flüchtlinge unterhalb des Duldungsstatus einzuführen.

Das Ziel der Bundesregierung ist die „Verbesserung“ der rassistischen Selektion von MigrantInnen. Die dauerhafte „Bleibeperspektive“ soll daran geknüpft werden, wie nützlich eine MigrantIn fürs Kapital ist. Natürlich ist genau das schon immer eine wesentliche Funktion von nationalstaatlichen Grenzen. Die von der SPD geforderte „Spurwechsel“-Regelung und das geplante Einwanderungsgesetz zielen darauf ab, „brauchbaren“ Flüchtlingen mit Berufsausbildung eine Bleibeperspektive zu bieten. Diese Logik rechtfertigt im Umkehrschluss natürlich auch, die „unbrauchbaren“ Arbeitskräfte umso schneller loszuwerden, wogegen die SPD keine Einwände hat. Vor allem aber ist damit auch klar, als was die MigrantInnen im Kapitalismus gelten: als TrägerInnen der Ware Arbeitskraft, die bisweilen durchaus willkommen sind, sofern die Arbeitskraft fürs Kapital verwertbar ist. Im Kapitalismus kann die Einwanderungsgesetzgebung daher aber auch nichts anderes sein als institutionalisierte rassistische Selektion im Interesse des Kapitals. Das bedeutet keinesfalls, dass wir keinen Kampf für Verbesserungen im Asylrecht führen sollten. Es bedeutet aber, dass der Kampf gegen Rassismus nicht einfach eine Frage von Menschlichkeit ist, sondern eine Klassenfrage.

# Welcome United

Für den 29. September wird zur „Welcome United“-Parade nach Hamburg mobilisiert. Die Kampagne richtet sich gegen die Gesetzesverschärfungen gegen AsylbewerberInnen, zunehmende staatliche Schikanen, Abschiebungen und die allgegenwärtige chauvinistische Hetze. Die Mobilisierung wird bislang von etwa 300 linken, antirassistischen und Refugee-Gruppen unterstützt und kann durchaus zu einem wichtigen Bezugspunkt antirassistischen Protests werden. Damit eine solche Bewegung zu einer realen gesellschaftlichen Kraft werden kann, muss sie aber eine Strategie entwickeln, die Antirassismus als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung, d. h. als Teil des politischen Klassenkampfes auffasst. Der Mobilisierungsaufruf unter dem Titel „Gegen Abschiebung, Ausgrenzung und rechte Hetze – für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle!“ wirft zwar viele wichtige Fragen auf. Die Schlussfolgerung, für welche Forderungen und Ziele wir kämpfen sollten, bleibt er jedoch schuldig – getreu dem Motto: „Der Weg ist das Ziel“.

„Mit Lautsprecherwagen, Performances, Texten, Musik und Karneval verjagen wir die Kälte, den Rassismus, die Herzlosigkeit aus den Straßen der Stadt. Gemeinsam zeichnen wir ein Bild auf der Straße: das Bild unserer Freundschaft, das Bild eines solidarischen, vielfältigen und angstfreien Lebens. Wenn wir uns bewegen, bewegt sich die Welt!“

Leider kann man den Rassismus nicht einfach mit Musik wegfeiern und mit Blumen kann man die Festung Europa nicht überwinden. Dem wird ein großer Teil der linken UnterstützerInnen des Aufrufs auch zustimmen. Der „Vorteil“ der politischen Beliebigkeit des Aufrufs besteht wohl darin, dass sich von „ganz links“ bis zu offen bürgerlichen Kräften fast jede/r darin wiederfinden kann. Der Nachteil ist allerdings, dass mit einem solchen Bündnis kein Kampf gegen Asylrechtsverschärfungen, rassistische Übergriffe und den

Ausbau der Festung Europa zu gewinnen ist. Dies deshalb, weil „breite BürgerInnenbündnisse“ in der Praxis immer im Fahrwasser bürgerlicher Kräfte enden, auch wenn die „radikale Linke“ im antikapitalistischen Block ihr eigenes Ding inszeniert.

Linke sollten in der „Flüchtlingsfrage“ für die Forderung nach offenen Grenzen kämpfen, d. h. für das Recht auf Bewegungsfreiheit aller. Dabei sollten wir auch klar machen, dass dies nicht die „utopische“ Forderung ist, als die sie oft verstanden wird, sehr wohl aber einen grundlegenden Angriff auf das „Recht“ des bürgerlichen Staates zu entscheiden, wer sich im Land aufhalten darf und wer nicht, zum Ausdruck bringt. Wer nicht für offene Grenzen ist, muss zwangsläufig für eine Selektion der MigrantInnen durch den bürgerlichen Staat sein. Das Ziel dieser Forderung ist daher, jede Ungleichbehandlung von MigrantInnen durch ihn zu bekämpfen. Solche Ziele können nur auf Grundlage einer ArbeiterInneneinheitsfront erkämpft werden. Dafür sollten wir an die gesamte ArbeiterInnenbewegung herantreten, einschließlich ihrer reformistischen Teile.

## **Anti-Rassismus ist Klassenkampf**

Den Anti-Rassismus als Teil des Klassenkampfes begreifen bedeutet, die Forderungen der Geflüchteten und MigrantInnen mit jenen der Masse der Lohnabhängigen zu verbinden. Wir treten für volle Bewegungsfreiheit, das Recht auf Arbeit und uneingeschränkte StaatsbürgerInnenrechte für alle ein – auch, weil so der Kampf viel leichter gemeinsam geführt werden kann, ohne ständige Ausgrenzung und drohende Abschiebung. Ein gemeinsame Kampffront gegen den Staat und die RassistInnen kann geschaffen werden, wenn wir gegen Armut, Kürzungen, Ausspielen von MigrantInnen und InländerInnen vorgehen, indem wir die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, nach Beschäftigung zu tariflichen und Mindestlöhnen oder nach bezahlbarem Wohnraum für alle in den anti-rassistischen Kampf

integrieren. Hier zeigt sich auch, warum die ArbeiterInnenklasse, der die meisten Flüchtlinge und MigrantInnen ohnedies angehören, zur zentralen Kraft im Kampf gegen Rassismus werden kann und muss.

Die Überwindung der bestehenden rassistischen Spaltung der ArbeiterInnenklasse liegt nämlich im Interesse aller Lohnabhängigen. Die Tatsache, dass die Masse der Arbeitenden von diesem Bewusstsein weit entfernt ist, spricht nicht gegen diese Notwendigkeit. Wohl aber verdeutlicht sie, dass es eines organisierten, hartnäckigen Kampfes in den Gewerkschaften, in den Betrieben, in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung gegen Rassismus, Chauvinismus, Nationalismus und Standortdenken bedarf.

Um diesen Kampf organisiert, gemeinsam – als Kampf von Linken, MigrantInnen, klassenkämpferischen GewerkschafterInnen, anti-rassistischen Bündnissen und linken Parteien – zu führen, bedarf es der Klärung unserer Ziele und der Verabredung verbindlichen gemeinsamen Vorgehens, kurzum der koordinierten bundesweiten und europaweiten Aktion gegen staatlichen Rassismus, gegen die Festung Europa.